

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.00, monatlich 35 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4039 v. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierstellige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 146.

Freitag, den 26. Juni 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Das Ende des liberalen Zeitalters.

Eine furchtbare Leere haben die drei Gruppen der bürgerlichen Linken erlitten bekommen — die Freisinnige Vereinigung, die Freisinnige Volkspartei und die deutsche Volkspartei sind von der im Wahlsturm tobenden See verschlungen worden. In den Stichwahlen werden vereinzelte Schwimmer der ehemaligen bürgerlichen Linken wieder auftauchen und sich an's Land retten, theilweise mit Hilfe der Sozialdemokratie, die großmüthig genug sein wird, den Ertrinkenden zu helfen, wo diese sich an sie wenden, wenn sie auch anderwärts an die Rotschöpfe der Reaktionen sich klammern oder diesen durch die Brandung der Stichwahl ihr Schiff hindurch steuern helfen. In diesem Punkte ist die Sozialdemokratie die anständigste aller Parteien und kämpft selbstverständlich gegen die gemeinsame Gefahr der Reaktion nicht weniger entschieden als gegen den aberneren Gedanken der „vereinigten Linken“, bei dem die abgehauchten liberalen Gruppen die Offiziere liefern wollten, während man der Sozialdemokratie zumuthete, ihre Truppen unter den Befehl dieser unfähigen Offiziere zu stellen.

Satwohl — unfähig. Denn wenn auch nicht alle diese Offiziere auf die idiotische Taktik des Herrn Eugen Richter gekommen sind — im Großen und Ganzen haben sie eben die einfachsten Dinge nicht begriffen, und namentlich nicht die alte unumstößliche Wahrheit, daß man, wenn man das Vertrauen der Wähler auf die Dauer besitzen will, prinzipielle Politik treiben muß. Das thun aber alle diese drei Gruppen nicht. Die Freisinnige Vereinigung, die wohl mit Grausen sieht, daß man sie nach den Zolldebatten zu einer Verbündeten der Sozialdemokratie stampeln will, hat sich im Interesse des von ihr vertretenen Großhandels zäh und ausdauernd gegen die Hochschuh-Öllnerei gewehrt; aber sie ist vom Weltmachtstüßel und Flottenkoller befangen und rennt kopflos in die militärische Sackgasse und in die Schuldenwirtschaft hinein. „Die um Richter“ sind die politische Unzuverlässigkeit und Ruthlosigkeit selbst; von ihnen ist hauptsächlich der tiefe „staatsmännische“ Gedanke ausgegangen, die einzige Ursache der Reaktion sei das Anwachsen der Sozialdemokratie. Diese armen Schwächer können sich nicht einmal erinnern, daß es in Deutschland auch eine Reaktion gab, und zwar eine sehr kräftige, als eine organisierte Sozialdemokratie im heutigen Sinne gar nicht vorhanden war. Die deutsche — besser schwäbische — Volkspartei, die sich in Schwaben regierungsfähig fühlte, trieb Bauernsarg und spielt zu diesem Zweck mit dem agrarischen Feuer, was ihr mehrfache Verluste eingetragen hat. Was haben alle diese Leute vor der Wahl mit großen Worten wie mit Bomben und Granaten um sich geworfen! Nur „die starke bürgerliche Linke“ könne vor der Reaktion noch schützen, hieß es: Die Sozialdemokratie sei dazu nicht im Stande. Die Bomben und Granaten erwiesen sich aber als Seifenblasen. Wo wäre denn ein fester Haltspunkt gegenüber der Reaktion, wenn die Sozialdemokratie nicht wäre? Die Wucht der Thatfachen hat die liberalen Ausschneidereien ad absurdum geführt.

Die Nationalliberalen können nicht mehr zum Liberalismus gerechnet werden; sie sind „reaktionär bis auf die Knochen“. Der deutsche Liberalismus ist historisch abgethan; er hat seine historische Aufgabe nicht erfüllen können. Statt die Ueberreste des Feudalismus auszuroden und das Junkerthum ein für alle Mal niederzuwerfen, ließ er sich von einem eingefleischten Junker, von Bismarck verleiten, gegen die liberalen Interessen selbst zu wüthen. Die „idealen Güter“, die der jugendliche deutsche Liberalismus so eifrig gepflegt, schwanden ihm nachher völlig aus den Augen. Er ließ sich zur gefährlichen Verfolgung anderer Parteien gebrauchen und wurde von Bismarck sogar dahin gebracht, zum Theil die bürgerliche und arbeiterfeindliche Liebesgabenpolitik zu Gunsten der Junker zu unterstützen. Nach und nach schieden die bedeutenderen Geister aus der Masse des Liberalismus aus und fanden sich in kleinen Gruppen zusammen; nur der Böbel, der Streber und Hurrapolitiker blieb in der nationalliberalen Partei zusammen. Aber die Ausgeschiedenen kamen von der Seylla zur Charibdis. Denn sie fielen dem großen „Unentwegten“ Eugen Richter in die Hände, der in einem Punkte konsequent blieb, nämlich von den angebotenen Dummheiten des Freisinn — früher „Fortschritt“ — keine einzige aufzugeben. Der Rest war äußerster Zersplitterung, wobei die Gruppen noch die Gestalt von Interessengruppen annahmen und die Welt in hochtönenden Manifesten zu belehren suchten, daß die Sozialdemokratie eine „Klassenpartei“ sei — dieser Ausdruck rührt von dem genialen Erfinder der „Spar-Agnes“ her — während die beiden „Volksparteien“ aus edlen, selbstlosen Männern bestehen, die nur das Interesse der Gesamtheit im Auge haben. Natürlich das Interesse der Gesamtheit — der Kapitalistenklasse.

Dieser Liberalismus hat in allen seinen Schattierungen keine Zukunft mehr, denn das liberale Bürgerthum ist gar nicht mehr geeignet, einen Boden für eine neue und mächtige

Parteiabteilung abzugeben. Diese Elemente sind stets kein Spielzeug in der Hand der konservativen Demagogen, weil man ihnen immer mit dem rothen Gespenst bange machen kann. Der Haß der liberalen Parteiführer gegen alles Sozialistische hat seine Früchte getragen. Jahrzehnte lang hat man dem liberalen Bürgerthum den Sozialismus nur als Wauwau aufgepuzt vorgeführt. Das wird nun von den reaktionären Demagogen gründlich ausgenutzt und, wie die Stichwahlen zeigen werden, mit Erfolg.

Die große Schuld des Liberalismus besteht darin, daß er das Deutschland, das er vorzugsweise als das Land der Dichter und Denker pries, nicht von dem Junkerthum und nicht von dem Pfaffenenthum befreien konnte. Jetzt ist die Aufgabe der Sozialdemokratie zugefallen, die sich die dazu erforderliche politische Macht zu erkämpfen sucht. In diesem Bestreben wird sie von dem liberalen Bürgerthum genau so bekämpft, wie von den feudalen Parteien und das „liberale“ Kapitalistenenthum sucht sich zum Bund mit Junker und Pfaff zu drängen.

Eine kläglichere politische Rolle als die des deutschen Liberalismus läßt sich kaum denken. Das ehemals liberale Bürgerthum geräth immer mehr in den Sumpf der großen reaktionären Masse hinein.

An eine Erhebung aus diesem Zustande glauben wir nicht mehr. Wie sollte sie bewirkt werden? Wenn der Liberalismus sich wie weiland Münchhausen an seinem eigenen Hops aus dem Sumpf zu ziehen vermag, dann — —! Sonst aber nicht.

Das Alles ist an sich sehr traurig anzusehen, wie der Strudel der Reaktion alle diese Dämme einreißt, die noch beim Bürgerthum vorhanden waren. Aber es ist auch nur ein Zeichen der Zeit. Die bürgerliche Welt ist zerklüftet, erschüttert, brüchig geworden. Der Strom der Zeit geht schon weit darüber hinaus. Die Risse in dem alten Gesellschaftsgebäude zeigen das Werden einer neuen Zeit, einer neuen Welt an, in der für den bürgerlichen Hops kein Raum mehr ist. Die Welt der Arbeiter beginnt sich auszugestalten gegenüber der Welt des Junkerthums und der Pfaffen. Der Kapitalismus wird um so mehr konservativ, je mehr es in der Arbeiterwelt gährt.

Wir betrachten die Reaktion nicht unter dem Gesichtswinkel der Spießbürger, die vor dem rothen Gespenst und vor den Staatsstreichgelihten der Junker zugleich zittern. Wir gehen dem Kampfe der Zukunft zuversichtlich entgegen, denn wir wissen, daß wir ihn siegreich ausfechten werden. („Hamb. Echo“.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Kaiser und die Reichstagswahlen. Unser Münchener Parteiblatt erhält von seinem Berliner Mitarbeiter folgende interessante Mittheilungen: Als an die zuständigen Stellen die Aufgabe herantrat, den Kaiser vom Ausfall der Hauptwahlen zu unterrichten, befand man sich dort in begreiflicher Verlegenheit. Diese Verlegenheit wurde indessen recht bald beseitigt, als es sich herausstellte, daß der Kaiser über das Ergebnis in Berlin und Umgegend schon völlig informiert war. Er soll dann sofort angeordnet haben, daß ihm „nicht theelöffelweise, sondern in voller Klarheit“ referirt werde. Er habe sodann die weiteren Mittheilungen mit großem Ernst und unbeweglicher Miene entgegengenommen und nach einer Pause tiefen Nachsinnens erklärt: „Es muß jetzt Alles daran gesetzt werden, daß dieser (hier folgte eine kurze Pause) Gesellschaft bei den Stichwahlen der Weg abgeschnitten wird. Besorgen Sie das!“ Sofort nach dieser Unterredung erfolgte dann die Hinübergabe der Stichwahlenpaspole der Regierung an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, sowie die Anknüpfung von Unterhandlungen durch einen Mittelsmann des Reichskanzlers mit verschiedenen Größen der bürgerlichen Parteien, darunter Herr Bachem aus Köln. Bei diesen Unterredungen, die nach Lage der Sache keinen vollen Erfolg haben konnten, sollen für einzelne Persönlichkeiten sehr bedeutungsvolle Erklärungen erfolgt sein, deren Inhalt nach dem etwa zufriedensstellenden Ergebnisse der Stichwahlen zu realisiren sein würde. Die Rückberichterstattung an den Kaiser soll keineswegs volle Befriedigung geschaffen, beim Kaiser vielmehr den Eindruck einer erhöhten Mißstimmung hinterlassen haben. Mit diesen Meldungen vergleiche man die Gerüchte, die gleich nach der Hauptwahl von der bevorstehenden Ernennung Spahn's zum preussischen Justizminister kursirten, sowie die Unterhandlungen Posadowsky's mit Bachem und Spahn. Sehr auffällig ist auch, daß die „Misch. Allg. Ztg.“ an eine offizielle Notiz, in der sie die Meldung des „Berliner Tageblattes“ über die Leipziger Reise Posadowsky's zu bemerken versuchte, die Bemerkung knüpft, daß allerdings die Regierung dringende Verständigung der Mittelparteien für die Stich-

wahlen wünsche. An den Wählern ist es, heute, am Tage der Stichwahl, diese Pläne zu zerreißen. Die sozialdemokratische „Gesellschaft“ wird sich den Weg nicht abschneiden lassen.

Das Wahlergebnis. Die Schlussziffern der am 16. Juni abgegebenen Wahlstimmen lassen sich immer noch nicht genau angeben, da die amtlichen Mittheilungen unvollständig bleiben. Eine Uebersicht der „Nordd. Allgem. Ztg.“ wimmelt von Lücken, die durch Fragezeichen gekennzeichnet sind. Die „Wahlstatistische Korrespondenz“ rechnet 3 008 000 sozialistische Stimmen heraus, die sich auf die einzelnen Provinzen und Bundesstaaten wie folgt verteilen: (In Klammern die Ergebnisse der 98er Wahl in Tausenden): Ostpreußen 55 000 (46), Westpreußen 19 000 (11), Berlin 218 000 (155), Brandenburg 244 000 (162), Pommern 55 000 (39), Posen 7000 (5), Schlesien 174 000 (134), Provinz Sachsen 192 000 (148), Schleswig-Holstein 113 000 (82), Hannover 131 000 (98), Westfalen 140 000 (77), Hessen-Nassau 93 000 (74), Rheinprovinz 206 000 (112), also Preußen 1 647 000 (1142), Bayern 212 000 (138), Sachsen 443 000 (299), Württemberg 100 000 (62), Baden 79 000 (50), Hessen 69 000 (49), Mecklenburg 56 000 (47), Oldenburg-Braunschweig-Anhalt 82 000 (61), sächsische Herzogthümer 81 000 (62), Fürstenthümer 42 000 (34), Hansestädte 136 000 (111), Elsaß-Lothringen 68 000 (52). Die Sozialdemokratie hat in Preußen 508 000 Stimmen oder über 41 Proz. gewonnen, im übrigen Deutschland 400 000 Stimmen oder 41 Proz., also in ganz Deutschland 900 000 Stimmen oder fast 43 Proz.

Um dem unterlegenen Führer der Agrarier Dr. Köpcke ein Unterkommen zu schaffen, wird, wie welsche Blätter melden, der bündlerische Kandidat Stauffer im Wahlkreis Homburg-Köfel auf sein Mandat verzichten, falls er in der Stichwahl siegt. — Hoffentlich sorgen die Wähler in Homburg-Köfel, wo bekanntlich erst Sonnabend gewählt wird, dafür, daß Stauffer nicht gewählt wird.

Daß Posadowsky bei Spahn — in Sachen des Stimmviehhandels — in Leipzig gewesen sei, wird bestritten, ohne daß aber eine offizielle Erklärung vorliegt. Wo ist dann das Geschäft abgeschlossen worden?

Wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze im Sinne des § 110 des Strafgesetzbuchs ist am Mittwoch in Berlin Genosse Stadthagen zu vierzehn Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Der mitangellagte Redakteur des „Vorw.“, Genosse Carl Leib, wurde freigesprochen. Stadthagen hat in einer Verammlung in Berlin am 10. Juni v. J. ausgeführt, daß § 8 der Verordnung vom 11. März 1850, wonach Frauen, Schüler und Lehrlinge nicht als Mitglieder politischer Vereine aufgenommen werden dürfen, im Widerspruch mit der preussischen Verfassung stehe. Diese garantiere allen Preußen, also auch den Frauen, Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Nur durch Gesetz, nicht durch Verordnung könne die Ausübung des Vereinsrechts geregelt und könnten politische Vereine, Beschränkungen und vorübergehenden Verbote“ unterworfen werden. Der § 8 der Verordnung enthalte aber gegenüber dem weiblichen Theile der Bevölkerung ein dauerndes Verbot, also eine materielle Verletzung der Verfassung. Nach diesen Ausführungen wandte sich Stadthagen mit folgendem Appell an die anwesenden Frauen: „Lieben Sie Frauen das Vereins- und Versammlungsrecht aus, kümmern Sie sich nicht um die im § 8 des preussischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 aufgerichteten Schranken. Ich fordere Sie ausdrücklich zum Ungehorsam gegen die Vorschriften des § 8 des sogenannten Vereinsgesetzes auf; kümmern Sie sich nicht um seine Vorschriften, handeln Sie gegen seine Verbote, seien Sie ungehorsam gegen die in ihm enthaltenen Gebote und Verbote.“ Der „Vorwärts“ berichtete über die Verammlung und gab den an die Frauen gerichteten Appell in gekürztem Grade wieder. Die Anklage nahm auf Grund dieser Thatgade an, daß der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“ entsprechend der Stellung des „Vorwärts“ innerhalb der sozialdemokratischen Partei, damit selbstständig die Aufforderung zum Ungehorsam habe wiederholen wollen. Stadthagen gab in der Verhandlung zu, daß er die fragliche Aufforderung zum Ungehorsam an die Frauen erlassen habe und zwar ausschließlich in der Absicht, einmal eine Entscheidung des Reichsgerichtes über die Rechtsgiltigkeit des § 8 der Verordnung herbeizuführen. Der Staatsanwalt führte aus, daß die Verordnung vom 11. März 1850 gültiges Gesetz sei. Der Staatsanwalt beantragte gegen Stadthagen 14 Tage gegen Leib 1 Woche Gefängnis. Stadthagen beantragte seine Freisprechung; er habe nicht zum Ungehorsam gegen ein Gesetz, sondern nur zum Gehorsam gegen die Verfassung, das höchste Gesetz, aufgefordert.

Im Wahlkreise Warburg steht der Nationalsozialist v. Gerlach in Stichwahl mit dem bündlerischen Brodwacher-Kandidaten Gutsbecker v. Pappenheim. Die Sachlage im Kreise ist so, daß, obwohl der Kandidat der Bündler dem Nationalsozialisten noch um etwa 1300 Stimmen voraus ist, unsere Parteigenossen den Ausschlag für Gerlach

geben könnten. Es kann deshalb nicht zweifelhaft sein, wie wir uns in der Stichwahl zu verhalten haben. Wo es gilt, einen Brodmacher zu Fall zu bringen, müssen wir alle Kräfte für dies Ziel einsehen. Unsere Genossen im Markburger Kreise werden deshalb nach dem „Vorwärts“ nicht zögern, für Herrn von Gerlach zu stimmen, der, was uns sonst von ihm scheidet, ein entschiedener Gegner des Brodmachers ist und auch in der Frage des Wahlrechts als zuverlässig anzusehen ist.

Die Wahltravalle in Laurahütte. Wie der „Breslauer Generalanzeiger“ meldet, beträgt die Zahl der aus Anlaß der Ruheförderungen in Laurahütte verhafteten Personen jetzt sechzehn. Um bei der Stichwahl Zwischenfälle vorzubeugen, wurde nach Zaborze Militär verlegt.

Ein vorfälliger Bürgermeister ist anstehend der Polizeichef von Lauenburg in Hinterpommern. Er sah offenbar in ahnen dem Gemüthe voraus, daß die Liberalen und Demokraten am Wahltage das seiner Obhut unterstellte Städtchen ausplündern und an allen vier Ecken anzünden würden, kurz, nach humanischer Manier darin haufen könnten. Wenigstens meldet die „Danziger Zeitung“ aus Lauenburg: Eine etwas sonderbare Rolle spielte der Bürgermeister in Lauenburg. Ohne den Magistrat zu befragen, ließ er auf eigene Faust in Danzig eine Kompagnie Infanterie (8. Komp. 5. Inf. Regts.) zum Wahltage bereit stellen und einen Extrazug unter Dampf halten, welcher diese Truppen hieher befördern sollte. Gleichzeitig bestellte er bei zwei Lauenburger Kaufleuten ein Duzend Revolver, mit denen die Polizisten auf das Publikum schließen sollten. Die Bevölkerung verhielt sich trotz des lebhaftesten Interesses am Ausgang der Wahl durchaus ruhig und anständig. Als diese Vorbereitungen, welche der Herr Bürgermeister getroffen hatte, am Wahlabend bekannt wurden, erregten sie Heiterkeit. Wer aber zahlt die entstandenen Kosten? — Das kommt auf den Magistrat und die Stadterordneten an.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen. Die „Neue Hamburger Börsenhalles“ schreibt:

Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erscheint seit einigen Monaten die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“, die ein tüchtiger Kopf, Max Lorenz herausgibt. Nach dem die Reichstagswahlen vorüber und die wichtigsten Entscheidungen gefallen sind, muß es endlich einmal ausgesprochen werden, daß die Art, in der die Sozialdemokratie hier bekämpft wird, auf einen anständigen Leser nachgerade widerwärtig wirken muß. Sicherlich hat die Kampfesweise der Korrespondenz die Sozialdemokratie nur gefördert. Das Blatt ergeht sich in wilder Heize nicht nur gegen die beheldete Partei selbst, sondern auch gegen diejenigen Organe, die in ruhiger, sachlicher Weise die Bekämpfung dieser Partei sich zur Ehrenpflicht anrechnen, dabei aber nicht in das Horn der „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“ stoßen. Die Korrespondenz treibt ein Denunziantentum, das sich nicht nur gegen einen angeblichen Geheimbund innerhalb der Sozialdemokratie richtet, der sich lediglich als eine unglückliche Vertrauensmännerorganisation entpuppte, sondern auch gegen die bürgerliche Presse und schwächt sie in ihren Vorstößen gegen die Sozialdemokratie. Wahrscheinlich, die letzten Wahlen sollten zur Genüge gezeigt haben, daß der von der Korrespondenz betretene Weg ein Irrweg ist.

Nach den Wahlen spricht man es offen aus, daß Lorenzens Kampfesweise „widerwärtig“ ist. Nach der Wahl braucht man niemand mehr, dessen „Denunziantentum“ auf jeden anständigen Leser widerwärtig wirkt. Später, wenn es wieder einmal zur Wahl kommt — wird man den Kraben Max schon wieder rufen. Wie Bismarck nach seiner Entlassung gesagt haben soll, der König wird mich wiedersehen, so wird Lorenz schamzornig die Selber einstreichen, die ihm seine „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ gebracht hat und sich heutzutage erregt sagen: „Die Bourgeoisie wird mich wiedersehen!“

Wegen Majestätsbeleidigung, die in einer Notiz der „Posener Volkszeitung“ begangen sein soll, ist Genosse Pawlow Radloj Dienstag Vormittag vor der ersten Strafkammer des Breslauer Landgerichts zu der furchtbaren Strafe von einem Jahre Gefängnis verurteilt und wegen Furchtverdacht sofort verhaftet worden. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Der Gerichtshof führte in der öffentlich gegebenen Begründung aus, daß der Ausfall der Wahlen selbstverständlich ohne Einfluß auf die Höhe der Strafe sei, daß jedoch die „vergiftende Wirkung der sozialdemokratischen Presse“ eine scharfe Sühne erheische. Deshalb wurde auf die furchtbare hohe Strafe erkannt. — Wir mit unseren „bestärktesten Unterthanenverstand“ waren bisher immer der Meinung, daß der Richter ohne Ansehen der Person urtheilen soll.

Die Aachener Reliquien sind nun doch als Einrichtung der katholischen Kirche gerichtlich anerkannt und vor unheiliger Kritik geschützt worden. Das Reichsgericht in Leipzig verwarf am Dienstag die Revision des Redakteurs der „Breslauer Volksmacht“, Max Lorenz, gegen die Strafkammer des Breslauer Landgerichts, weil er die Aachener Reliquienverehrung als Aberglaube bezeichnet hatte. Bekanntlich hat dieser Prozess mehrere Auflagen erlebt, und das Reichsgericht ist früheres verurteilendes Entscheidungen der Strafkammer nicht beigetreten. Man hat diese schließlich doch recht behalten. Selbst konervative Blätter, die sich die besondere Betreibung der ewangelischen Kircheninteressen angelegen sein lassen, haben die Aachener Reliquienverehrung mit sehr viel härteren Ausdrücken als unser Breslauer Parteiorgan gestempelt. Vielleicht geht den frommen Zionwächtern nach dieser Verurteilung doch eine Ahnung auf, daß der § 166 des St. G. B., welcher das Kirchenbann vor „Beleidigungen“ sühnen soll, keine sehr bedenklichen Seiten hat.

Die Verjährung von Preßdelikten. Eine prinzipielle Entscheidung, die besonders für Abgeordnete von Bedeutung ist, fällt die Strafkammer in Halle a. S. in der Sache des Reichstagsabgeordneten und Redakteurs Genossen Adolf Thiele, der wegen Beleidigung angeklagt war. Das Gericht kam infolge der Verjährung zur Einstellung des Verfahrens. Die Entscheidung läßt sich auf ein Reichsgerichtsurteil vom Jahre 1895. Durch dieses Urtheil ist folgender Reichstagsabgeordneter während der Session ein

Strafverfahren eingeleitet, so ruht die Verjährung ohne Weiteres bis zum Schlusse der Session. Hat aber das Strafverfahren vor Beginn der Session seinen Anfang genommen, so muß bei Zusammentritt des Reichstages bzw. innerhalb der sechsmonatigen Verjährungsfrist bei Preßvergehen die Staatsanwaltschaft bei dem Reichstag die Erlaubnis zur Strafverfolgung nachsuchen. Erst wenn diese Erlaubnis erteilt worden ist, tritt auch in diesem Falle das Ruhen der Verjährung ein. Im anderen Falle geht die Verjährung weiter. Sind beim Schlusse der Session mehr als 6 Monate verstrichen, ohne daß eine richterliche Handlung inzwischen vorgenommen worden ist, so ist gleichfalls Verjährung eingetreten. Dieser Fall liegt bei Thiele vor. Die hiesige Staatsanwaltschaft hatte vom Reichstag nicht die Erlaubnis zur Strafverfolgung verlangt, und als am 11. Mai d. J. nach Schluß des Reichstages die erste richterliche Handlung unternommen wurde, waren weit mehr als sechs Monate verstrichen. Das Gericht mußte somit zur Einstellung des Verfahrens gelangen und die entstandenen Kosten der Staatskasse auferlegen. — Es ist auch kein Schaden, daß die Verjährung eingetreten ist. Von zwei Prozessen ist einer immer schädlich, der andere überflüssig. Wer denkt denn heute in Halle noch an den intrinseken Artikel?

Kleine politische Nachrichten. Die ständige Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen tagte Mittwoch unter dem Vorsitz des Präsidenten Franold in Freudenstadt (Schwarzwald), um u. a. über die Fahrpreiserhöhung im Interesse der öffentlichen Krankenpflege zu beraten. — Der Neuen Polit. Correspondenz zufolge liegt die Kanalvorlage umgearbeitet dem Kabinett vor. — Im Dienstgebäude des Kolonialamtes in Berlin erschöpfte sich ein Zahnarztaspirant aus Furcht vor Bestrafung. — Einen richtigen Raufbold haben die Pariser in die Kammer geschickt. Der neugewählte Abgeordnete Sponet überfiel am Dienstag Abend in der Rue Rivoli seinen Gegenkandidaten, den radikalen Rechtsanwalt Lesoyer, und versetzte ihm einen Faustschlag, weil in einem Wahlplakat Lesoyers behauptet worden war, daß Sponet eine Engländerin geheiratet habe. — Ueber die Kämpfe im Somaliland meldet „Reuters Bureau“ aus Aden: General Manning ist in Damote eingetroffen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Eine fliegende Kolonne stellte Montag die Verbindung mit ihm her.

Rußland.

Die Gräuel in Kischinew. Die Wiener „Zeit“ hatte einen Mitarbeiter beauftragt, eine persönliche Untersuchung der Verhältnisse vorzunehmen, die zu den entsetzlichen Muthaten in Kischinew geführt haben. Der Mitarbeiter theilt nun dem Blatte mit, daß es ihm bereits in Petersburg gelungen sei, auf Grund positiver und authentischer Mittheilungen festzustellen, daß das Drama von Kischinew eine langer Hand vorbereitete Affaire war, daß der russische Minister des Innern, Herr von Plehwe, von diesen Vorbereitungen volle Kenntniß hatte, daß er in Wirklichkeit der hinter der Szene stehende Regisseur jenes Dramas war, daß aber die einzelnen Schauspieler aus dem Rahmen ihrer Rollen herausstraten und den Minister dadurch in die unangenehme Lage versetzten, nach einem Sündenbock Umschau halten zu müssen. Diesen habe er in der Person des Gouverneurs von Kasan gefunden, eines Mannes von sehr geringen Fähigkeiten, der augenscheinlich während seiner langen Karriere sich daran gewöhnt hatte, als Werkzeug für irgend welche Zwecke benutzt zu werden. Aus den Mittheilungen, die darüber dem Mitarbeiter der „Zeit“ gemacht worden sind, ist als besonders bezeichnend die Aussage eines Obersten der Gularagarde hervorzuheben, über die es in dem Bericht u. a. heißt:

Dieser Herr nannte Herrn v. Plehwe einen „gefährlichen politischen Intriganten“, der aus rein politischen Rücksichten diese ganz überflüssige Schlächtere arrangirt habe — lediglich um den Zaren davon abzubringen, gewisse lange geplante Reformen für das ganze Reich durchzuführen. Der Oberst fuhr dann fort: „Seine hunderttägige Wurst ostwärts von Petersburg liegen in diesem Augenblick 20000 Menschen am Storbudendieder, sterben vor Hunger und Hunger; wenn Plehwe diesen bejammerenswerthen Menschen und diesen furchtbaren Zuständen nur ein klein wenig seine Aufmerksamkeit gewidmet hätte, so wäre es für Rußland weit nützlicher gewesen, als diese mise-en-scène (Inszenierung) eines Massenmordes, der schließlich in so schwachvollem Massacre resultirte.“

Mit Informationen dieser Art versehen, kam der Gewährsmann der „Zeit“ in Kischinew an, volle sieben Wochen nach dem großen Gemisch. Und doch konnte er auf den ersten Blick flagranteste Beweise des verübten Bandalismus erkennen; er hatte die Ansicht vertreten, daß die meisten Zeitungsmeldungen aus jüdischen Quellen gekommen seien, und versuchte deshalb von allem Anfang an, sich seine Informationen aus anderen Quellen zu verschaffen, um der vollen Wahrheit auf den Grund zu kommen. In seiner größten Ueberraschung fand er all die entsetzlichen Details, wie sie in der Presse über die ganze zivilisirte Welt verbreitet worden waren, durch keine geringere Persönlichkeit als den Bürgermeister der Stadt, einen Deutschen Namens A. Schmidt, in vollem Umfang bekämpft. Dieser gestand all die Grausamkeiten zu, von denen man gehört hat, und bestätigte auch die Thatsache, daß weder das Militär, noch die Polizeibehörden irgend etwas gethan hatten, um der Raubmorderei ein Ziel zu setzen. Wenn etwas Derartiges im „heiligen“ Rußland vorkommen konnte, so hat man dort wahrlich gar keinen Grund, sich über die Muthaten in Serbien zu entsetzen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Bildung des ungarischen Ministeriums durch den Grafen Khuen-Hedervary scheint zu gelingen. Der Graf erklärte Mittwoch gegenüber den Führern der Kossuthpartei, daß er die höchsten Referentenvorlagen fallen lassen und nur das gewöhnliche Referatvorgehen verlangen werde. Er besah sich Nachmittag nach Wien, um dem Kaiser zu berichten, und dürfte Donnerstag nach Pest zurückkehren, um das Kabinett zu bilden.

England.

Das Unterhaus lehnte Dienstag einen Antrag Dalton auf Abschaffung des Kohlensteuerzoll ab; dagegen wurde

die Finanzbill in dritter Lesung ohne Abstimmung angenommen.

Serbien.

Volksjubel auf Befehl begrüßte den neuen Serbenkönig Peter, als er Mittwoch in seine Residenzstadt Belgrad einzog. Als richtiger Gottesgnadenmensch hat Peter gnädig die Huldigungen „Seines“ Volkes entgegengenommen; am heutigen Donnerstag widmet er sich bereits der Arbeit des „Regierens“. Somit ist Alles in Ordnung, auch im Residenzschloß, dem Konak, wo neue Fußböden gelegt sind, weil sich die Blutflecken durch Abwaschen nicht beseitigen ließen. — Der vom Kriegeminister verfaßten amtlichen Darstellung der Vorgänge in der Mordnacht entnehmen wir folgende neue Thatsachen: Im Konak nahmen die Offiziere dem General Petrowitsch aus seiner rechten Hosentasche einen Revolver und forderten ihn auf, sie zum Königspaar zu führen. Der General führte sie darauf über eine Stunde irre und hat dann um die Erlaubnis, allein mit einem Grenadier zuerst zum König gehen zu dürfen. Aus diesem Zimmer aber haben Petrowitsch und der Grenadier auf die Offiziere Schüsse abgegeben. Hierauf sind die Offiziere ins Königszimmer eingebrungen und haben Petrowitsch und das Königspaar erschossen. Petrowitsch hatte in der linken Hosentasche noch einen zweiten Revolver gehabt, woran man nicht gedacht hatte. Die Offiziere meldeten dann dem ältesten kommandirenden General, dem gegenwärtigen Kriegeminister, das Vorgefallene, und in der ersten Morgenbämmerung sandte dieser Offiziere an die Politiker aller Parteien, worauf sich die provisorische Regierung bildete.

Malta.

Die Aufhebung der Malteser Verfassung durch Chamberlain hat, wie dem „Morning Leader“ gedrahtet wird, dort eine große Entrüstung hervorgerufen. Man will ev. an Europa einen Appell richten. Das wird leider wenig helfen. Europa hat ruhig zugehört, wie England die Burenstaaten geschluckt hat, es läßt es geschehen, daß Rußland Finland vergewaltigt, und es wird deshalb auch gegen den neuesten Chamberlain'schen Staatsstreich auf Malta nichts einzutenden haben.

Die Bürgerschaftswahl im Marien-Quartier.

— Schon von jeher zählte das Marien-Quartier sammt dem südwestlichen Theil der Vorstadt St. Lorenz neben dem Johannis-Quartier mit der Vorstadt St. Jürgen zu den städtischen Bürgerschaftswahlbezirken, in denen die Sozialdemokratie vorläufig noch am wenigsten Aussicht hat, jemals einen ihrer Kandidaten durchzubringen. Sind es im Johannis-Quartier ganz besonders die in St. Jürgen ansässigen „Rindfleischesser“, die Pensionäre, Rentiers und höheren Beamten, welche das ausschlaggebende Element für die Vaterstädtischen bilden, so sind es andererseits im Marien-Quartier die in diesem Bezirk besonders zahlreich wohnenden Eisenbahnbeamten und Lehrer, welche bisher noch immer, vielfach in Verkennung ihrer Interessen, die Kandidaten für die Vaterstädtischen aus dem Feuer geholt haben. Und so ist es auch diesmal gewesen. In ganzen Kolonnen wurden die Eisenbahner und Lehrer von den Vaterstädtischen an die Wahlurne geschleppt. Nur so ist es jumeist auch erklärlich, wenn die Wahlbetheiligung von 76 Prozent im Jahre 1901 auf fast 87 Proz. stieg. Während 1901 nur 843 von 1103 Wählern von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht hatten, bethheiligten sich gestern von 1148 Wahlberechtigten 994 an der Abstimmung. An geschlossenen Listen wurden für die Kandidaten der Sozialdemokratie 346 (1901: 219; 1899: 207) abgegeben, für die Vaterstädtischen 518 (1901: 437; 1899: 299); hierbei ist noch besonders zu bemerken, daß 1901 für den damals selbstständig vorgehenden Bürgerrechtsverein 72 geschlossene Listen gezählt wurden. Seit der letzten Wahl im Jahre 1901 hat sich also die Zahl der für die Sozialdemokratie geschlossenen abgegebenen Stimmen um 127 vermehrt, während die Vaterstädtischen in dieser Hinsicht nur einen Zuwachs von 81 aufzuweisen haben, die noch dazu in der Hauptsache aus den Reserven stammen. Daraus ergibt sich, daß auch in diesem Quartier die Sozialdemokratie sich in langsamem, aber stetigem Vormarsch befindet.

Im Ganzen wurden gezählt an Stimmen für die Kandidaten der Sozialdemokratie:

| | |
|---|-----|
| Schwartz, F. C. Th., Geschäftsführer, | 433 |
| Bape, F. H., Geschäftsführer, | 395 |
| Bartels, Th., Fr. C., Obermüller, | 377 |
| Wittfoot, C. H. Fr., Zigarrenfabrikant, | 375 |
| Marzahl, C. H. Th., Privatier | 375 |
| Recke, Fr., Gastwirth, | 374 |
| Eßlinger, C. W., Expedient, | 374 |
| Böger, F. J. A., Kassirer, | 371 |
| Reppenhausen, J. H. H., Kassenbeamter, | 369 |
| Bruno, G. W., Schneider, | 363 |
| Hammann, C. H. W., Zimmerer, | 362 |
| Ehlers, A. C. M., Tischler, | 361 |
| Stollenburg, G. J. Chr., Buchdrucker, | 361 |
| Wittwer, J. Fr. Chr., Maurer | 358 |
| Wendrich, H. G., Schneider | 356 |

Die Kandidaten des Vaterstädtischen Vereins erhielten:

| | |
|---|-----|
| Miesner, Jakob, Fabrikant, | 625 |
| Mangels, F. W. Kaufmann, | 621 |
| Wichmann, F. L. G., Dr., Arzt, | 619 |
| Basson, J. A. C., Sattlermeister, | 607 |
| Borgwardt, Wilh., Gastwirth | 605 |
| Steffen, J. H., Kapitän a. D., | 605 |
| Gusmann, Otto, Kaufmann, | 603 |
| Strack, P. L., Kaufmann, | 600 |
| Hübner, J. Th. G., Kupferschmiedemstr., | 599 |
| Schwarzkopf, F. W., Zimmermeister, | 598 |
| Behn, Herm. W., Kaufmann, | 597 |
| Hoffmaier, E. C. G., Dr., Arzt, | 594 |
| Beder, F. J. Th., Pastor, | 592 |
| Levertühn, A., Dr., Amtsrichter, | 591 |
| Brecht, E. W., Geh. Regierungsrath, | 565 |

Bei der letzten Wahl im Jahre 1901 differirten die für die Vaterstädtischen abgegebenen Stimmen zwischen 521 und 485, die sozialdemokratischen zwischen 259 und 223, während die Bürgerrechtsvereiner 81 bis 120 Stimmen erzielten. Die Bürgerrechtsvereiner stellten sich auch bei der gestrigen Wahl offiziell unthätig. In Wirklichkeit thaten sie

aber ihr Möglichstes, die Chancen der Vaterstädtischen zu verbessern. Indessen war es, wie wir anmerken wollen, nicht der Verein als solcher, denn dieser hat bekanntlich jedem seiner Mitglieder freie Hand in der Abstimmung gelassen, als vielmehr nur Herr D o b b e r s t e i n. Im national-sozial-unparteilichen „S. A.“ erschien Mittwoch eine Annonce die von Bürgerrechtsvereinen ausging, und in der aufgefordert wurde, auf den Stimmzetteln des Vaterstädtischen Vereins die Namen aller derjenigen Kandidaten zu streichen, die im letzten Dezember an der Verschlechterung des Bürgerrechtswahlrechts mitgewirkt hatten. Als Herr Dobberstein das las, entsetzte er sich und erließ flugs in seiner Eigenschaft als 1. Vorsitzender des Bürgerrechtsvereins einen öffentlichen Anschlag, in dem er jedermann kund und zu wissen that, daß der Verein diesem Wahlmanöver fernstehe. Sela! Die Vaterstädtischen sollen so gerührt worden sein, daß sie beschloßen haben, Herrn Dobberstein, wenn er sich wiederum um sein Mandat bewerben muß, für diese ihnen geleistete Wahlhilfe in erster Linie zu wählen, getreu dem Grundsatz: eine Hand wäscht die andere!

Nach eines Umstandes müssen wir gedenken, und wir hoffen, daß unsere Bedenken an zuständiger Stelle genügend gewürdigt werden. Als Wahlvorsteher fungierte nämlich Herr Geheimrath B r e c h t, Direktor der Lübeck-Büchener Eisenbahn. Man weiß zur Genüge, daß gerade Herr Brecht zu den Leuten gehört, die den Herrenstandpunkt allezeit herauskehren. Wehe dem Eisenbahner, der sozialdemokratische Gesinnung verdrängt erscheint! Und nun denke man sich, daß dieser Herr über so viele Beamte am Tische des Wahlbureaus sitzt, die Stimmzettel seiner Beamten entgegennimmt und abstempelt. Kann da noch von einer freien Wahl die Rede sein? In Ostelbien ist es wohl ständiger Mißbrauch, daß der Junter die erste Geige im öffentlichen Wahlvorstand spielt: warum aber ostelbische Sitten hier nach Lübeck verpflanzen? Herr Brecht hätte schon von selbst so viel Taktgefühl besitzen sollen, ein solches Amt abzulehnen, weil er sich sagen mußte, daß ein großer Teil der ihm unterstellten Beamten sicherlich nicht ganz unbefangene sich an der Wahl beteiligen würde. Wenn man uns etwa entgegenhält, die Befangenheit könne nicht so groß gewesen sein, da Herr Brecht ja am allerwenigsten Stimmen unter sämtlichen Kandidaten des Vaterstädtischen Vereins erhalten habe, so ist dem entgegenzuhalten, daß Herr Brecht auch in weiten Kreisen des Bürgertums nur wenig Sympathien hat, so daß man lieber für unseren Genossen Schwarz oder sonst einen unserer Kandidaten stimmte, als für den Geheimrath Brecht. Schließlich aber bleibt es sich auch völlig gleich, wie viel Stimmen Herr Brecht erhalten hat; es verträgt sich nun einmal nicht mit freier Wahl, wenn der oberste Chef gleichsam als Kontrolleur seiner Beamten am Wahlisch sitzt. Man muß auch jeden bösen Schein meiden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 25. Juni 1903.

Haltet eure besten Waffen scharf! Der Wahlkampf ist, soweit Lübeck in Betracht kommt, beendet. Ueber 11 000 Männer haben für die Sozialdemokratie, für Genossen Schwarz gestimmt, haben diesen zum Siege verholfen. Heiß tobte der Kampf! Alle Kräfte mußten angespannt werden, um den Sieg zu erringen. Wir haben gestegt! Dennoch aber dürfen wir jetzt nicht locker lassen, sondern müssen vielmehr zu neuen Kämpfen gerüstet sein! Die besten Waffen in diesen Kämpfen sind: Organisation, Agitation und die Presse! Haltet diese, insbesondere die letztere scharf. Was die Arbeiter für ihr Blatt, für ihr Parteiorgan thun, kommt ihnen zu gute. Je größer die Zahl der Abonnenten, desto wirksamer ist die Kritik. Deshalb benutze jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse die wenigen Tage vor dem Quartalswechsel, um neue Abonnenten für das hiesige Parteiorgan, den

„Lübecker Volksbote“

zu werben.

Jeder Parteigenosse versuche, seinem Parteiorgan einen neuen Abonnenten zuzuführen, dann wird sich die Zahl unserer Abonnenten immer mehr vermehren, dann wird auch die Macht unseres Organs immer mehr steigen. Dasselbe ist und wird der Arbeiterschaft dann mehr denn je eine Beraterin in der Noth, eine Rufferin im Streit sein!

Also auf, werbt Abonnenten! Werbt Kämpfer für neue Kämpfe und Siege der Sozialdemokratie!

Der Wahlkommissar erläßt folgende Bekanntmachung: Es wird hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht, daß bei der am 16. Juni 1903 stattgehabten Wahl eines Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis der freien und Hansestadt Lübeck der Geschäftsführer Johann Carl Theodor Schwarz zu Lübeck erwählt ist und die Wahl angenommen hat.

Arbeiter-Risiko. In den ersten drei Tagen dieser Woche ereigneten sich leider zwei Unfälle auf der Kochischen Schiffsverft. Am Montag gegen 6 Uhr Abends verletzte sich der Stellmacher Krüger eine Hand mit der Säge, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Am Mittwoch Mittag erlitt der Arbeiter Riekermann eine ziemlich schwere Verletzung des linken Daumens; auch dieser mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Wie wir hören, ist in letzterem Falle der Portier, der den Verletzten die erste Hilfe zu Theil werden läßt, leider nicht anwesend gewesen, so daß der Verunglückte ohne die erste Hilfe die Unfallstelle verlassen mußte.

Vergrößerung der Lübecker Handelsflotte. Die Aheberet H. C. Horn, Schleswig, mit Zweigniederlassung in Lübeck, hat jetzt weitere 9 ihrer Partenschiffe ins Lübecker Schiffsregister überschreiben lassen und wird ferner 6 kürzlich bei der „Güldenwerft“ in Dänning in Auftrag gegebene, im Jahre 1904 abzuliefernde Frachtdampfer von je 1500 Tonnen Tragfähigkeit und 10 Knoten Geschwindigkeit im beladenen Zustande in Lübeck beheimathen. Die dann einschließlich der diesjährigen Neubauten der Aktiengesellschaft „Horn“ aus 30 Dampfern bestehende Flotte weist rund 32 000 Netto-Registertons auf, während die gesammelte Kieler Handelsflotte nur 24 400 Netto-Registertons umfaßt. Mit den übrigen Lübecker Schiffen zusammen überträgt Lübeck Kiel, hat auch Stettin bereits überflügelt und folgt hinter Flensburg an zweiter Stelle in der

D i s s e e. — Öffentlich gestalten sich die Verhältnisse im Handel durch den neuen Zolltarif nicht derartig schlecht, daß die Lübecker Flotte an Frachtenmangel zu leiden hat.

Für das diesjährige Waifenfundierfest verordnet das Polizeiamt: Der Verkauf und die Benutzung von sogenannten Konfetti, Wauensfäden, Federbücheln (Abstäubern), Schlagfächern, lärmenden Blasinstrumenten und anderen das Publikum arg belästigenden Gegenständen ist verboten. Uebertretungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Neuer Hülsrichter. Der Senat, im Einvernehmen mit dem Großherzoglich Oldenburgischen Staatsministerium, Departement der Justiz, hat beschloßen, den Gerichtsassessor W. Fehling für die Zeit vom 1. Juli d. J. bis auf Weiteres dem Landgerichte der freien und Hansestadt Lübeck und des Fürstenthums Lübeck als Hülsrichter beizuzunordnen.

Das diesjährige Anhebungsgeschäft für den Aushebungsbezirk der freien und Hansestadt Lübeck wird in der Zeit vom 7. bis 11. Juli d. J. in Lübeck auf dem Bodenhoje (Vorstadt St. Gertrud) stattfinden. Alle Militärlieferanten, die sich vor der Ober-Ersatzkommission zu stellen haben, werden aufgefordert, zu dem Zeitpunkt, der ihnen durch Stellungsbeleg bekannt gegeben ist, pünktlich zu erscheinen und ihren Leihungschein und Stellungsbeleg mitzubringen. Es empfiehlt sich, daß Militärlieferanten mit fehlerhaften Augen hierüber ein ärztliches Attest vorlegen. Die beim Musterungsgeschäft vorgelegten Atteste sind wieder mitzubringen. Falls ein Militärlieferant bis zum 1. Juli 1903 nicht im Besitze eines Stellungsbelegs ist, hat er am darauffolgenden Tage im Bureau der Ersatzkommission, Mühlenstraße 72, Zimmer 8, zur Empfangnahme eines solchen melden. Militärlieferanten, welche der Aufforderung, sich vor der Ober-Ersatzkommission zu stellen, ohne genügenden Grund keine Folge leisten, oder beim Aufruf ihrer Namen im Musterungsraum nicht anwesend sind, können nicht nur durch Anwendung gesetzlicher Zwangsmittel zur sofortigen Stellung angehalten werden, sondern unterliegen auch der im § 26,7 der Wehrordnung angeordneten Strafen und den weiteren daselbst namhaft gemachten Folgen der Nichtstellung.

Die Wasserwärme des Krähentisches betrug gestern 19 Grad C.

pb. Fahrraddiebstahl. Von dem Hausflur des Hauses Mengstraße 2 wurde am 24. d. Mts., Nachmittags gegen 5 1/2 Uhr, ein Fahrrad mit der Polizeinummer 1036, schwarzem Gestell, nach unten gebogener Lenkstange, etwas beschädigter Glocke und Rücktrittsbremse gestohlen.

pb. Diebstahl. Ein Maschinenbaurlehrling brachte zur Anzeige, daß ihm in dem zu seiner Werkstatz gehörigen Ankleideraum sei Vormittags mit 6,29 Mark abhandengekommen und wahrscheinlich gestohlen sei.

pb. Falschung. Gegen ein hiesiges Dienstmädchen, welches zum Zwecke seines besseren Fortkommens seine Dienstzeugnisse falschte, wurde Anzeige erstattet.

Entin. Nationalsoziale Einmüthigkeit. Der nationalsoziale Kandidat Naumann hat in einigen Theilen des Fürstenthums eine Erklärung verbreiten lassen, in der er persönlich für unseren Genossen Hug eintritt. Der nationalsoziale Verein in Entin überläßt den Wählern, selbst die Entscheidung und giebt keine Parole aus. Im Herzogthum Oldenburg hat jedoch die nationalsoziale Parteitheilung beschloßen, in der Stichwahl das Eintreten für B a r g m a n n zu empfehlen. Dieser Beschluß stellt eine direkte „Insubordination“ gegen Naumann dar. Letzterer schreibt nämlich in seiner Erklärung, daß der genannte Vorstand es nicht für möglich hält, eine bestimmte Stichwahlparole auszugeben. Das nennt man nationalsoziale Einmüthigkeit. Und solchen Leuten sollten die Wähler die Vertretung ihrer Interessen anvertrauen!

Ahrensböf. Eine öffentliche Wähler-Versammlung tagte gestern Abend bei Herrn Schwarz, nachdem der Herbergswirth, bei dem früher die Versammlungen abgehalten worden waren, sein Lokal vor der Wahl nicht mehr hergeben wollte. Die Versammlung war nur von etwa 40 Personen besucht, eine sehr große Anzahl Leute, darunter auch viele Frauen, standen jedoch auf der Straße und lauschten hier durch die geöffneten Fenster den Ausführungen des Referenten, Genossen Stellung-Lübeck, der das letzte freisinnige Flugblatt in eingehender Weise zerplückte. Diskussion fand nicht statt. — Bei dieser Gelegenheit seien die Ausfühler erlucht, in Ahrensböf das Lokal des Herrn Schwarz zu berüchtlichen. Dieser hat sich in liebenswürdiger Weise bereit erklärt, sein Lokal herzugeben, während der Herbergswirth, wie schon bemerkt, vor der Wahl keine sozialdemokratischen Versammlungen in seinem Lokal abhalten lassen wollte. Nach der Wahl sind dem Herrn die Arbeiter anscheinend wieder gut genug. Also Parteigenossen, beherzigt Vorstehendes und berücksichtigt bei Euren Ausflügen z. das Schwarz'sche Lokal.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In D e v e l g u n n e bei Hamburg wurde ein Boot mit 3 Insassen übergerannt. Hierbei ertrank 1 Mann. — Auf dem Gute Ribborn bei R ö b e l i. M. gerieth Sonntag die etwa vierjährige alte Tochter des Oberstweisers in das Gopelwerk der Wasserpumpe und erlitt schwere Verletzungen, denen sie nunmehr erlegen ist.

Hamburg. Schwere Schiffsunfälle. Das Segelschiff „Gans“ ist auf der Fahrt von Helsingör nach Gele untergegangen. Die ganze Besatzung ertrank. — Der Fischdampfer „Alice“ ist mit 25 Mann Besatzung an der Küste Islands untergegangen. — Billig davon gekommen. In dem Prozeß gegen die Direktoren der in Konkurs gerathenen patriotischen Versicherungsgesellschaft und der Versicherungsgesellschaft „Kosmos“ in Hamburg wurde Direktor Holle wegen Vergehens gegen Artikel 249 C. des alten Handelsgesetzbuches in zwei Fällen zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängniß und 9000 Mark Geldstrafe oder weiteren 600 Tagen Gefängniß, der Prokurist Schulz wegen Beihilfe zu 6 Monaten Gefängniß und 3000 Mk. Geldstrafe oder weiteren 200 Tagen Gefängniß verurtheilt. Der Angeklagte Garvers wurde kostenlos freigesprochen.

Kiel. Wegen thätlichen Angriffs auf den Fähnrich z. S. von Abel, der sich nachher erhob, wurde auf Berufung des Gerichtsherrn der Matrose Messerschmidt vom Schulschiff „Stein“ vom Obergericht der Inspektion des Bildungswesens zu 4 Jahren Gefängniß verurtheilt. Ein Monat der Unternehmungshaft wurde angerechnet. Das Gericht erster Instanz hatte bekanntlich den thätlichen Angriff auf einen Vorgesetzten verneint, dagegen den Angeklagten wegen hinterlistigen Ueberfalles zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Berufung des Angeklagten wurde verworfen.

Kiel. Bekrakter Soldatensinder. Das Geschwader-Kriegsgericht verurtheilte den Leutnant z. S. Bäuerlein zu neun Tagen Kammerarrest und den Obermatrosen Belafowski zu neun Tagen Uelarrest, weil sie gemeinsam an Bord des Linien-schiffes „Kaiser Friedrich III.“ den Matrosen Müller mit Schlägen mißhandelt hatten. Die Strafe wurde so milde bemessen, weil der Matrose durch sein widerrechtliches Auftreten die Vorgesetzten schwer gereizt hatte. Auch hatte er

eine drohende Bewegung mit dem Arme gegen den Offizier ausgeführt.

Flensburg. Nachwehen vom Apenrader Streit. Am Montag hatte sich Genosse Ehr. Matthesien wegen Nöthigung und Bedrohung zu verantworten. Es handelte sich um zwei verschiedene Fälle. Wegen des einen Falles war M. zu einer Gefängnißstrafe von 8 Tagen verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil hatte er Berufung eingelegt. Die Strafkammer dafiren vom letzten Streit der Hülsarbeiter in Apenrade. Die Strafkammer des Landgerichts Flensburg verwarf die eingelegte Berufung und verurtheilte Matthesien wegen der beiden Straftaten zu einer Gesamtstrafe von 14 Tagen Gefängniß.

Schwern. Büsing hält den Steigbügel für die Brotvertheurer, das ist die Thatsache, welche zur völligen Ausmerzng des letzten Restes von Vertrauen gegenüber den Nationalliberalen Herr Büsing, ohne zu erhöhen, noch laut und deutlich in die Welt hinauszuropfen magt. Dieser Herr, den man den Wählern schmachtlich machen wollte, indem man ihn zu einem „Linkliberalen“ ausstufte, er fordert jetzt mit Namensunterzeichnung in den liberalen und konservativen Zeitungen „seine“ Wähler auf, daß sie am Stichwahltag ihre Stimme dem Vertrauensmann der Brotwucherer und politischen Beutejäger, dem konservativen Dr. Dröschler möchten die Stimme geben! So ohrfeigt sich Büsing selbst und er ist wahrscheinlich noch stolz darauf. Man wolle sich demgegenüber erinnern, daß Büsing im Reichstage gegen den Zolltarif gestimmt hat und daß er in seiner Rede zu Schwerin am 11. Juni 1904 noch ausdrücklich erklärte, daß „der Preis des Getreides im Inlande um den vollen Betrag des Bolles erhöht wird und daß immer und unter allen Umständen die Höhe der Getreide- und Brotreise überall um den Betrag der Steigerung des Zollsazes weiter erhöht wird. Das trifft aber in erster Linie die große Klasse der arbeitenden Bevölkerung, deren Lebensunterhalt in unbilliger Weise vertheuert wird. Und das habe ich geglaubt, nicht verantworten zu können. Ich habe daher wegen der Erhöhung der Getreidezölle gegen den Zolltarif gestimmt.“ — Und jetzt fordert Büsing seine Wähler auf, für den Mann der Brotwucherer zu stimmen! Das ist „linkliberaler“ Büsingischer „Liberalismus“!

Gr. Grünau. Eine öffentliche Wähler-Versammlung fand am Mittwoch Abend in Gr. Grünau auf der Koppel des Herrn Timm statt, in welcher der Genosse A. L e m e n z o w -Hamburg vor einem aus ungefähr 50 Personen bestehenden Auditorium unter Beifall der Versammelten zu Gunsten der Kandidatur des Reichstagskandidaten Gen. Lesche referirte. Redner übte scharfe Kritik an der Kampfesweise unserer Gegner. Raum haben wir jemand gefunden, der uns, da wir kein Lokal bekommen können, helfend zur Seite steht und uns seine Koppel zur Verfügung stellt, so quittirt auch schon unsere Gegnerin in Tüschelbeck, Frau Baronin von H o l l e n, mit Entlassung des Herrn Timm. Die lebenswürdige Dame motivirte diese folgendermaßen: „Sie haben ja heute auf Ihrer Koppel eine sozialdemokratische Versammlung. Sie sind entlassen.“ Wir sind in der glücklichen Lage, mittheilen zu können, daß es unseren Gegnern nicht gelingen wird, Herrn Timm seine Ehre zu nehmen. Ein Genosse aus Lübeck erklärte sich nämlich sofort bereit, den gemagregelten Herrn Timm in Arbeit zu bringen. Auch hier erweist sich der Veruch des Mundtodtmachens als ein Schlag ins Wasser. — Der Referent wandte sich in seinen weiteren Ausführungen scharf gegen ein vom Vorsitzenden des Kriegervereins, Herrn Frahm, verbreitetes Flugblatt, in dem zur Wahl des Grafen Bernstorff aufgefordert und jedes Mitglied, das Lesche wählt, als „Lump“, der keine Ehre verdient“ bezeichnet wird. Durch die Kritik dieses Machwerks fühlte sich Herr Frahm veranlaßt, seine Stellung zu verteidigen. Hierbei zeigte er aber, daß er nichts von Politik versteht. Beachtenswerth ist die Erklärung des Herrn, die Hauptaufgabe der Kriegervereine sei die Bekämpfung der sozialdemokratischen Partei. Durch diese Erklärung des Vorsitzenden des Kriegervereins ist öffentlich dokumentirt, daß der Verein politischen Zwecken dient. Die Ausführungen des Herrn wurden von den Gen. T h o m a s -Altona und L e m e n z o w -Hamburg gebührend unter dem Beifall der Versammelten ins rechte Licht gerückt. Wir können mit dem Erfolg dieser Versammlung zufrieden sein.

Strelitz. Wie das Wahlgeheimniß gesichert ist, geht aus folgendem Brief aus dem dunkelsten Mecklenburg hervor. Es heißt da: „In Ihrer Wahlzeitung haben wir gelesen, daß die Wahlurne ein Kasten sein soll, in welchen durch eine Oeffnung das Wahlklovert gesteckt werden muß. So ist es aber in Wangta nicht; da ist ein weißer Topf aufgestellt und dahinein legt der Wahlvorsteher Inspektor Lehmann ein Klover auf das andere, so daß er ganz genau weiß, wer sozial oder konservativ gewählt hat, und Jedermann wird nummerirt (d. h. in den Wählerlisten wird die Reihenfolge durch Ziffern vermerkt. Red. d. „S. A.“). Wir bitten höflich, dieser Sache abzuhelfen und die Urne bei Seite zu schaffen. Unser höchster Wunsch wäre, wenn alle Zettel, die in Mecklenburg vertheilt sind, nach der Stichwahl alle sozialdemokratisch lauteten. Die höchste Ehre, der größte Wunsch und das größte Glück wäre das. Mit aller Hochachtung Leute von Wangta.“ — Wangta liegt im Strelitz'schen. Dieser Brief zeigt so recht in feiner ehrlichen Klarheit, wie es auf den mecklenburgischen Gütern zugeht. Und das trotz Sicherung des Wahlgeheimnisses.

Want. Die Lohndifferenzen im Bau-gewerbe zu Sant-Wilhelms-Haven sind durch folgenden Schiedspruch des Einigungsamtes am Gewerbergericht Wilhelmshaven endgültig beigelegt: Der Lohn für die Maurer und Zimmerer wird festgelegt vom 1. August 1903 ab auf 55 Pf. pro Stunde bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit, vom 1. April 1904 bis 1. April 1905 auf 57 1/2 Pfennig pro Stunde bei gleicher Arbeitszeit, vom 1. April 1905 bis 1. April 1906 auf 60 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit. Falls der Vertrag am 1. Oktober, erstmalig am 1. Oktober 1905 nicht gekündigt ist, so läuft er immer vom nächsten April ab ein Jahr weiter. Für Bauarbeiter gelten dieselben Bestimmungen mit der Abweichung, daß der Lohn pro Stunde 10 Pf. weniger beträgt als für Maurer und Zimmerer. Der Schiedspruch wurde von beiden Parteien anerkannt.

Letzte Nachrichten.

Brieg. Ehedrama. Im benachbarten Briesen erschlug der Hausbesitzer Gildbrand seine Gefrau mit einem Beil und erhängte sich dann. Aufgeheben wurde die That in einem Anfall von Geisteslörung verübt.

Dortmund. Bauarbeiter-Risiko. Von einem Neubau stürzten infolge Gerüstbruchs 3 junge Leute ab. 2 wurden tödtlich verletzt, der dritte leichter.

Köln. Fall im Münzergewerbe. Wegen Anfertigung falschen Geldes wurden der Schlosser und Uhrmacher Maagen zu 7 1/2 Jahren, der Weber Spieder zu 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

Wiesbaden. Wegen Unterschlagung von Amtsgeldern verurtheilte das Schurgericht den Gerichtsfetters Trupp zu 1 1/2 Jahren Gefängnis.

Trier. Launische Witterung. In den beiden vergangenen Nächten sank die Temperatur in der Gifel auf den Gefrierpunkt; auf den Höhen hat es gereist.

Dürfheim. Familien-drama. In einem Anfall von Geisteskränkung verlor eine Wirtin ihre beiden Söhne mit einem Rasiermesser zu tödten und ertränkte sich dann.

Schweizer. Erstochen. Dienstag Abend erlag der 25 Jahre alte Andreas Bovis den 50 Jahre alten Vater seiner Braut, der gegen eine Verbindung der Brautleute war.

Stuttgart. Durch einen Erdbeben verursacht und getödtet wurden in einem Sandsteinbruch in Dünningen bei Rottweil drei Arbeiter.

München. Auf offener Straße erstach ein Buchhändler ein junges Mädchen, welches er vergeblich mit Liebesanträgen verfolgte. Der Mörder ist verhaftet.

Graslitz (Böhmen). Gestörtes Schulfest. Während des Schulfestes in Ebenberg stürzte plötzlich das Podium ein, auf dem sich die Lehrer und eine zahlreiche Kinder-Sängerschar befanden. Dieselben wurden unter den Holzstrümmern begraben; eine große Zahl von Kindern erlitt schwere Verletzungen, meist Arm- und Beinbrüche.

Graz. Als Urheber des großen Brandes in Windischgrätz, dem leider auch 9 Personen zum

Opfer fielen, wurde der Schuhmacher Josef Kobnit verhaftet.

Rom. Der Mörder in der Kutsche. In Locarno Sessa, zwischen Novara und Varallo, ermordete der 35 Jahre alte Priester Andrea Lonetti sein 27jähriges Dienstmädchen, indem er ihm mit seinem Rasiermesser die Kehle durchschmitt. Der Mörder ist entflohen. Das Dienstmädchen war die Geliebte des Priesters und soll in geeigneten Umständen gewesen sein.

Marzelle. Die „Liban“-Katastrophe hat ein neues Opfer gefordert. Ein bei Bergung der Todten des gesunkenen „Liban“ beschäftigter Taucher verlor bei dem sechsten Tauchversuche das Bewußtsein und starb. Ein anderer Taucher ist schwer erkrankt. Beiden war es vorher gelungen, bis in den Innenraum des Schiffes zu dringen; sie haben durch die Kabinenluken eine Anzahl Leichen und brachten eine Kindesleiche und zehn Säcke mit Briefen und Packeten heraus.

der Beschuldigung heraus, worauf sie sofort Strafantrag wegen verleumdender Beleidigung stellte.

Eine unbekannt Krankheit. Im Swanseathal in England ist eine Krankheit ausgebrochen, der die Aerzte ratlos gegenüberstehen. Vor einigen Tagen wurde eine Erkrankung als Pockenkrankung angemeldet. Der Erkrankte wurde in das Sanatorium übergeführt und dort genau beobachtet. Nach einigen Tagen erklärten jedoch die Aerzte, daß es sich zweifellos nicht um eine Pockenkrankung, sondern um eine Krankheit handle, die bisher völlig unbekannt sei. Seitdem sind mehrere solcher Erkrankungen gemeldet worden, und die Krankheit scheint einen epidemischen Charakter annehmen zu wollen.

Ernterwartungen vom 24. Juni

| | |
|-----------------------------|------------------------------|
| Bauern-Butter Pfd. 1,00 Mk. | Meierei-Butter Pfd. 1,10 Mk. |
| Gesen Stk. — Mk. | Enten Stk. 3,— Mk. |
| L70 Mk. | Kühen Stk. 1,10 Mk. |
| Lauben Stk. 0,50 Mk. | Gänse Pfd. — Pf. |
| Flügels — Mk. | Schweinstopf Pfd. 0,50 Mk. |
| Schinken Pfd. 0,95 Mk. | Wurst Pfd. 1,20 Mk. |
| Eier 10 Stk. 60 Pfg. | Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg. |
| Karpfen Pfd. — Mk. | Karaulchen Pfd. 80 Pfg. |
| Gehte Pfd. 60 Pfg. | Bariche Pfd. 60 Pfg. |
| Mal Pfd. 0,80 Mk. | |

Ernterwartungen Viehmarkt

Der Schweinehandel verlief mittelmäßig. Zugeführt wurden 580 Stück. Preis: Sengschwein — Mk., Verkaufsschweine, schwere 48—49 Mk., leichte 49—50 Mk., Sauen 38—43 Mk. und Ferkel 45—49 Mk. pro 100 Pfund.

Aus Nah und Fern

Zu der exemplarischen Strafe von einem Jahr Gefängnis und sofortiger Verhaftung verurtheilte die Strafkammer in Aachen den Zigarrenhändler Palm, der eine anständige Dame einem Schutzmann mit dem Bemerkenswerthen Antrage schuldig gemacht. Die Dame wurde daraufhin zur Polizei geführt, hier stellte sich die Grundlosigkeit

Warenhaus Hansa

Wir hatten Gelegenheit, einen Posten

Burschen-Anzüge, nur schwerer Bucksinstoff, Grösse 10, 11, 12, spottbillig zu kaufen.

Sämmtliche Anzüge durcheinander Stück Mk. **7⁵⁰**
Werth das Doppelte.

Frieda Teck August Leonhard
Verlobte.
Lübeck, den 23. Juni 1903.
Verlobt.
Unserm Mitglied **Voss und Fran** zur Hochzeit die besten Glückwünsche.
Gesangsverein „Einigkeit“, St. Gertrud.

Ein freundliches Zimmer
für 1 oder 2 junge Leute Peterstrasse 2.
Logis für 2 junge Leute
Hafenburger Allee 42 a.

Abgeschl. Dreifachen-Wohnung
von ruhigen Leuten zum 1. Oktober gesucht.
An ebote mit Preisangabe n. R 38 a. d. Exp.
Wohnung im Preise von 180—200 Mk.
Angab. erb. n. R 39 an die Exped. d. Bl.

Sozialdemokratischer Verein.
An Stelle des Gen. B. Dammer soll Anfang Juli ein neuer Vize ange stellt werden. Genossen, die hierauf reflektieren, werden gebeten, bis Sonntag den 28. d. M. sich beim Vorsitzenden E. Pape, Roislinger Allee 51 a, schriftlich unter Angabe ihres Fernrufes und ihrer Adresse zu melden.
Der Vorstand.

Gesucht zu sofort
ein junger ordentlicher Koch
der mit Pferden Bescheid weiß
Elmstr. 6 a

Eine junge Frau sucht Beschäftigung
in irgend welcher Art in den Morgenstunden
Verkaufstr. 26.

Höherei.
Meine seit 12 Jahr. in gut. Ang. bearb. Höl. will ich mit gütig. Verh. bill. verk.
Bernhard H. Gröpelstr. 12.

Zu verk. eine Holz-Drehmangel
gut erhalten
Schwarzenberger Allee 35, part.

Billig zu verk. ein großer Koffer
Schwarzenberger Allee 22.

1 Mahagoni-Eckschrank n. 1 Tisch
zu verkaufen
Hilberstraße 81, II.

Ein Privat-Grundstück zu verk.
auch passend für Baupläne.
Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Zu verkaufen 1 rothpolierter Tisch
Wahner's Holzwaren 6, I.
Bogenhang ein neues rothes Bett
billig zu verkaufen
Regierungstr. 24.

Das General-Agentur-Bureau
der
Friedrich-Wilhelm-Gesellschaft
befindet sich ab 27. Juni:
Fleischhauerstraße 33, part.

H. Schultz
Uhren u. Goldwaren
ob. Johannisstr. 11.
Eigene Werkstatt
Jedern einsehen 1,50 Mk.
Uhrgläser 30 Pfg.
Grosse Auswahl Regulatoren
und Feilschwinger.
Goldene Trauringe, geschliffen geklopft.
Rathenower Brillen und Singen.

Franz Wilh. Lichtenstein
Barbier und Friseur
Grosse Burgstrasse 11.

Die Rechte u. Pflichten
des Miethers.
20 Aufträge. Preis 20 Pfg.
Von **Richard Lipinski.**
Buchhandlung von **Fr. Meyer & Co.**
Durch Zufall einige Zentner

Margarine 45 Pfg.
einmal wöchentlich
jeweils gut. der Pfd.
Wirklicher Preis 60 und 80 Pfg.
Nur so lange da ist.

Otto Burckhardt,
Bedekergrube 24.

Magnum bonum (Faß 60 Pf.)
hat abgegeben
Gg. Schmidt, Wafenstrasse 42.
Schneiderei 55 Pf. Fleumen 60 Pf.,
Kopf n. Bein 20 Pf., ger. Vorderhinken
70 Pf., fetten und magere Speck 80 Pf.,
ger. Mehlwerk 80 Pf. n. 1 Mk., gekochte
Meiswerk und Leberwurst 60 Pf., Brann-
schweigert und Preßwurst 50 Pf., helles
Schmalz 70 Pf., frisches Speckfleisch 30 Pf.,
Fahrlater 50 Pf. **M. Lahrtz,**
Grenzstr. 129L. **Wittcher.**

Ein Tafelgetränk, welches von ärztl. Autoritäten empfohlen wird, ist

Pomril.

Nicht zu verwechseln mit Apfelsaft.
Pomril ist reiner Apfelsaft,
absolut frei von Alkohol,
angenehm von Geschmack und befömmlicher und der Gesundheit zuträglich, als alle bisher bekannten Fruchtgetränke, da absolut frei von Metallen und Konservierungsmitteln. Pomril ist auch ein vorzügliches und erfrischendes Getränk für Frauen und Kinder, ebenso für Nieren-, Blasen- und Nervenleidende.

In allen besseren Kolonial- und Feilkauffen-, Geschäften, Restaurants, Kafes etc. zu haben, oder direkt von

Norddeutsche Pomril-Kompagnie
Hamburg, Frankenstraße 30/32.
Fabrik-Niederlage zu Fabrikpreisen für
Lübeck und Umgegend bei
Otto Schweicher, Lübeck.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
Markt 4 **10.**

sind vortheilhaft beladen durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

| | |
|----------------|-----------|
| Lederhosen | 1,80—6,45 |
| Kanzerhosen | 2,60—6,75 |
| Schlosserhosen | 1,88—5,25 |
| Leberziehhosen | 0,88—2,35 |
| Wärmerhosen | 1,38—3,25 |

leimene Jacken, schräge und gerade, 1,93
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken,
Wasser-Wäntel erschaulich billig.
Kägen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

Friedr. Paetan
27 Mühlenstraße 27
Pr. dicke Hlohen, pr. geräuch. Schinken,
Rüspee, n. fetten Speck, Wachspeck n.,
sowie sämmtliche Würstwaren.
Wiederverkauf zu Vorzugpreisen.

Konsumverein Stokelsdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß von Freitag den 26. d. M. an die Dividenden zu erheben sind.
Der Vorstand.

Achtung!
Pastadienarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 26. Juni
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52
Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht.
2. Fragekasten und Verschiedenes.
Der Vorstand.

Sommerversnügen
des
Gesangsvereins „Harmonia“
Schwartau-Rensfeld
am Sonntag den 28. Juni 1903
im Lokale G. Sternberg,
Rensfeld.
Anfang des Vergnügens 2 Uhr Nachmittags.
Anfang des Balles 8 Uhr Abends.
Das Fest-Comitee.

Konzerthaus Lübeck.
Verlängertes Gastspiel
der italienischen Nachtigall
!!! Verera!!!
Dazu täglich die
10 neuen Attraktionen.
Anfang 8 Uhr.

Nummer-Platz: Alleiniger Vorverkauf während des Gastspiels Sig. Verera bei F. W. Kaibel, Breitestraße. **Vorzugskarten** haben Gültigkeit.

Verantwortlicher Redakteur für den gedruckten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Umgegend“, sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Umgegend“, sowie die mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwark. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Einzelpreis in Lübeck.

Ueber den Krawall in Laurahütte

wird unserem Leipziger Parteiorgan geschrieben:
Die gewaltthätige Zentrumspolitik in Oberschlesien kann endlich einen Triumph aufweisen. Das, was die brutale Politik der Zentrumsgeistlichen erstrebt, ist endlich eingetroffen. Der ganze Wahlkampf ist seitens des Zentrums mit einer rücksichtslosen Brutalität geführt worden. Die Versammlungen wurden unter stärkster Polizeibedeckung abgehalten. Jeder Protestierende wurde sofort von Gendarmen notiert und an die Luft befördert. Die Geistlichen der Religion der „christlichen Nächstenliebe“ eröffneten fast jede Versammlung mit einem energischen dreimaligen Hinweis auf den Hausfriedensbruchparagrafen des Strafgesetzbuches. Das Volk war empört über die Tatsache, daß nur Zentrumsversammlungen abgehalten werden könnten, in denen man über die radikalpolitischen und sozialistischen Gegner in unglücklichster Weise herzog — ohne jemals auch nur die kürzeste Antwort zuzulassen — während es den beiden oppositionellen Parteien unmöglich gemacht wurde, während des ganzen Wahlkampfes auch nur eine Versammlung abzuhalten. Die Zentrumsgeistlichen-Versammlungen fanden Sonntag für Sonntag selbst in den entlegensten Dörfern statt. Die Empörung wuchs. Die besonnenen Kreise waren von vornherein der Überzeugung, daß es die Absicht der Zentrumsgeistlichen war, durch ihre Brutalität Unruhen und Krawalle hervorzurufen, um dann den Militär- und Gerichtsapparat zu Hilfe gegen die vorwärts und stets an Boden gewinnenden Radikalsparten und Sozialdemokraten zu erhalten, um die Opposition gegen das Zentrum in Blut zu erstickten. Was später kam, bestätigte nur diese Auffassung! — Es waren die allwöchentlichen politischen Predigten gegen die Radikalsparten und die Sozialdemokraten in fast allen ober-schlesischen Kirchen, es war endlich das unerhörte Koppschreiben des Zentrumsradikals Kopp. Die Empörung des Volkes hatte aber keine Grenzen, als man die Brutalitäten der Zentrumsleute am Wahltag selbst sah. In den Kreisen Rattowitz-Babrze und Gletzig-Dublink ist in dieser Beziehung Unglaubliches geleistet worden. Die Zentrumsgeistlichen rissen den Wählern die polnischen und sozialdemokratischen Stimmzettel gewaltthätig aus der Hand. Vor den Totalen richteten sie Schlepptaxibureaus ein, welche von den unfundigen Wählern als Wahlbureau angesehen wurden. An diesen „Tischen“ wurden zahlreiche Nicht-Zentrumswähler um ihre Stimmen betrogen. Man sagte ihnen, sie seien nicht eingetragen und müßten sich entfernen. An anderen Orten wurden amtliche Kувerts mit Zentrumsstimmzetteln ausgegeben. An anderen wieder haben hervorragende Zentrumsagitatoren Lehrer, Direktoren, die Schulkinder aufgefordert, die sozialdemokratischen Zettelverteiler mit Steinen zu bewerfen, was auch geschah. Solche Beispiele ließen sich ins Duzendfache vermehren. Die Empörung des Volkes kannte keine Grenzen mehr. Trozdem wagten es die Zentrumsgeistlichen, für vergangenen Sonntag einige ihrer „Versammlungen“ zu veranstalten. In Laurahütte, einer Hüttenarbeiterstadt, sollte sie abends um 8 Uhr im Ludwigischen Saale stattfinden. Eine tausendköpfige Arbeitermenge fand sich ein. Der örtliche Geistliche, welcher die Versammlung eröffnete, wurde mit türmischen Küfen empfangen: „Fort mit Euch!“ „In die Kirche mit Euch!“ „Nieder mit dem Zentrum!“ „Hoch Korsant!“ (der nationalpolnische Kandidat, der bei der Stichwahl gegen das Zentrum von der Sozialdemokratie unterstützt wird.) Der Geistliche forderte alle Nicht-Zentrumsleute auf, den Saal zu verlassen. Alle beantworteten die Aufforderung mit noch türmischeren Zurufen. Sofort griff die Polizei ein. Aus der Menge wurden einzelne notiert, die Leute sollten herausgedrängt werden. Dann wurde das Licht ausgelöscht.
Die Menge ging hinaus. Draußen blieb sie ruhig und

wollte nicht auseinandergehen. Die Gendarmen griffen nun sofort zur blanken Waffe, die Feuerwehrlente zu ihren Beilen. Unbarmherzig wurde auf die Menge eingehauen, welche bis dahin — nach den Berichten aller Augenzeugen — nichts gewaltthätiges unternommen hatte. Die Menge eröffnete nun ein Steinbombardement gegen die Angreifer. Nun kam eine Feuerwehrspritze und richtete den Strahl auf die Menge. In wenigen Augenblicken waren die Schläuche zerschnitten. Die Menge ging dann — aufgeregt durch das Vorgehen der Beamten — auf die Pfarrei los, zerschlug dort die Fenster; dann nach dem Hüttenagathaus. Schließlich zog die Menge vor das Verwaltungsgebäude der Laurahütte unter dem Rufe: Hoch Korsant! Die Gendarmen und Polizisten zogen geladene Revolver und drohten: Es passiert bald ein Unglück! Um 11 Uhr traf Genosse Georg Haase von der „Gazeta Robotnicza“ aus Rattowitz an dem Krawallort ein und hielt eine Ansprache an die Menge, um sie zu bewegen, auseinanderzugehen. Ein Teil der Arbeiter erklärte sich dazu bereit, ein anderer forderte dagegen, die Gendarmen mögen die geladenen Revolver einziehen, dann werde man auseinandergehen. Eine Anzahl junger Burschen johlten weiter. Haase ging an die Beamten heran, erklärte ihnen in dringlichsten Worten die Sachlage und forderte sie auf, die Revolver zu verstopfen. Die Menge würde dann ohne Weiteres auseinandergehen. Die Antwort war: Auseinander! Auseinander! Die Revolver blieben gegen die Menge gerichtet. Die Aufregung wurde immer größer. Wieder wurden Scheiben zertrümmert. Dann trachten einige blinde Schüsse, dann ein scharfer. Die Menge schrie entsetzt auf. Eine Leiche lag auf dem Kampfplatz, das Gehirn des Unglücklichen war durch die Kugel herausgedrängt. Der Schuß war mitten in die Menge hineingefeuert. Das Loos sollte entscheiden, wer als Leiche dableiben sollte. Die Bluttat war geschehen.
Dann kamen veriterte Gendarmen dazu. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, zahlreiche Arbeiter notiert. Schließlich kam Militär aus Beuthen. Um 12, 12 1/2 Uhr Nacht herrschte Totenstille in der Stadt.
Die Verantwortung für das vergossene Blut fällt ausschließlich auf die brutalen und gewaltthätigen Zentrumsgeistlichen. Sie haben die Menge stets zur Untertänigkeit gegen Andersdenkende, zur Gewaltthätigkeit gegen politische Gegner, speziell gegen die Sozialdemokraten erzogen. Sie haben das Volk durch ihre brutale Agitation in maßloser Weise erbittert und aufgereizt. Sie haben es stets zu verbieten gewußt, daß sich keine starke Arbeiterorganisation gebildet hat, welche erzieherisch wirkt. Sie haben dem ober-schlesischen Volke die Versammlungs- und Wortfreiheit geraubt. Sie haben das Volk am 16. Juni vergewaltigt und es gefehrt, brutal und gewaltthätig vorzugehen. Sie, die Zentrumsgeistlichen, sind die Hauptschuldigen.
Ueber das Verhalten der Beamten wollen wir uns im Augenblicke eines endgültigen Urtheils enthalten. Nur eins sei gesagt. Hätten die Beamten nicht unnötigerweise auf die Menge nach Sprengung der Versammlung mit blanker Waffe blutig eingeschlagen; hätten sie ihre Revolver eingezogen, als Haase ihnen den ganzen Ernst der Situation darlegte — es wäre anders gekommen. Weshalb hat man denn scharf in die Menge geschossen? Diese Frage muß beantwortet werden.
Vorwiegend wird man die unglücklichen Arbeiter noch vor das Gericht schleppen
Um den Familien des Getödteten, der Verletzten und der Verhafteten zu Hilfe zu kommen, um für eine wirksame spätere Vertheilung zu sorgen, um die Familien der Unglücklichen nicht inzwischen verkommen zu lassen, hat sich bereits aus den Reihen der polnischen und deutschen Genossen des Kreises Rattowitz-Babrze ein Hilfskomitee für die Opfer der Laurahütte gebildet, dessen Kassierer und Schriftführer der Genosse Franz Trabalaki, Schriftführer der Zentral-Wahlkommission der deutschen und polnischen Sozialdemokratie in Oberschlesien ist (Adresse: Rattowitz, Oberschlesien, Poststr. 19).
Das Komitee fordert die Genossen allerorts auf, eine Sammlung für die unglücklichen Opfer der Zentrumsbrutalität zu beginnen.

hätte Unruhen gebildet, dessen Kassierer und Schriftführer der Genosse Franz Trabalaki, Schriftführer der Zentral-Wahlkommission der deutschen und polnischen Sozialdemokratie in Oberschlesien ist (Adresse: Rattowitz, Oberschlesien, Poststr. 19).
Das Komitee fordert die Genossen allerorts auf, eine Sammlung für die unglücklichen Opfer der Zentrumsbrutalität zu beginnen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Neunfundenebewegung der Berliner Kürschner hat bis jetzt den Erfolg gehabt, daß 18 Firmen mit 365 Arbeitern und Arbeiterinnen die Forderungen bewilligten. — Die Bauunternehmer in Mainz haben beschlossen, die ausständigen Arbeiter wieder aufzunehmen, wenn sie gewillt sind, nach den jetzigen Lohnsätzen zu arbeiten. Der Ausstand dauert nun nahezu acht Wochen. — Ein Buchdruckerstreik ist in Grenchen (Kanton Solothurn) ausgebrochen, an dem 30 Personen theilhaftig sind. Gefordert wird die Entlassung eines Hilaristen und denunziatorischen Faktors. — Der Malerstreik in St. Gallen ist infolge der verätherischen Gefälligkeit der Streikbrecher nach wochenlanger Dauer erfolglos beendet worden. — Die Bauarbeiter-Aussperrung in Bern dauert fort, da bisher alle Vermittlungsversuche an der Prozigkeit der Bauunternehmer scheiterten. — Der Ausstand in Barcelona greift um sich; Tausende von Arbeitern schlossen sich dem Ausstande an. Zahlreiche Schiffe liegen im Hafen, ohne laden zu können; mehrere Fabriken stellten infolge Mangels an Brennmaterial den Betrieb ein. Patrouillen durchstreifen die Stadt.

Arbeitermangel in Kansas. Die Regierung des amerikanischen Staates Kansas ladet durch öffentliche Bekanntmachung 28 000 Arbeiter zur Einwanderung nach Kansas ein, da es ohne solche Hilfe nicht möglich sein würde, die auf 60 Millionen Bushels geschätzte Weizenerte einzubringen. Sollte der Aufruf der Regierung nicht den gewünschten Erfolg haben, so würde die Hälfte der Ernte verloren sein.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Mai berichtet das amtliche „Reichsarbeitsblatt“: Während der Monat April im allgemeinen ein leichtes Abflauen der Beschäftigung oder einen Stillstand aufwies, hat die Beschäftigung der hauptsächlichsten Industrien sich gehoben. Die leichte Besserung in der Metallindustrie vor allem hat angehalten, der Steinkohlenbergbau war in befriedigender Weise beschäftigt, und die Textilindustrie wies meist noch günstige Verhältnisse auf, wenn auch die Steigerung der Rohstoffpreise für Baumwolle für die Zukunft Arbeitseinschränkungen befürchten läßt. In einzelnen Industrien ist das im Sommerhalbjahr übliche Nachlassen der Beschäftigung eingetreten. Die an die Verichterstattung des Reichsarbeitsblattes angeschlossenen Krankenkassen zeigen nur eine verhältnismäßig schwache weitere Zunahme des Beschäftigungsgrades, nämlich um 55 153 (gegen 94 718 im April). Der Verkehr an den Arbeitsnachweisen hat sich theilweise gehoben, insbesondere in Süddeutschland zum Theil bessere Vermittlungserfolge erzielt worden.

Ausländische Seeleute auf englischen Schiffen. Das englische Handelsministerium hatte ein Komitee ernannt, das die Aufgabe hatte, eine Untersuchung über die Beschäftigung fremdländischer Seeleute auf englischen Schiffen anzustellen. Nach den Ermittlungen dieser Kommission sind in den letzten 13 Jahren 7583 englische Seeleute weniger in der englischen Handelsflotte beschäftigt gewesen, während die Zahl der ausländischen Seeleute in der gleichen Zeit um 12,184 gestiegen ist. Als Grund hierfür wird angegeben, daß die Ausländer „zufriedener und fügsamer“ seien, die wahre Ursache dürfte, so meint der „Labour Leader“, zu suchen sein in den niedrigeren Löhnen. Die Kommission

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

47. Fortsetzung.

„Siehst du mir aber den Staub weg!“ lachte der Sakai. „Na, wenn Unserer sich nicht zu gut dafür dünkt und der Förster selber herüber kommt, dann wirfst Du Dich doch auch wohl nicht wegwerfen, wenn Du mit von der Partie bist!“
Es war fast, als ob der Alte eine trostige Antwort geben wollte; aber er verbiß die Worte und benutzte die Pause, um sich eine frische Pfeife zu stopfen. Endlich sagte er, während er die Pfeife mit den Zähnen hielt und sich mit Stahl und Schwamm Feuer schlug:
„Und was ist heute da oben los, daß der Alte so freigeig mit dem Stoff herausdrückt? Habe doch kein Wort davon gehört!“
„Nun, Verlobung ist heute, die junge Komtesse heirathet den Sohn vom Grafen Volten — die erste Familie im Lande nach unserer, und da kannst Du Dir doch wohl etwas denken, daß es da hoch hergeht.“
„Sieh, sieh, sieh,“ sagte der Maulwurfsfänger, leise vor sich hin mit dem Kopf nickend, was man doch nicht Alles erlebt, wenn man alt wird; die Komtesse Paula heirathet den Windbeutel, den jungen Grafen Volten! „Windbeutel?“ Ich wollte Dir nicht raten, daß der Graf das Wort gehört hätte,“ rief der Sakai, „bei Gott, es ginge Dir schlecht!“
„Und hat sie ihn gern?“ sagte der Maulwurfsfänger, der einem ganz andern Sbeengang folgte.
„Wer — die Komtesse? Soll sie ihn nicht gern haben, einen jungen, hübschen, vornehmen und feineichen Menschen?“
„Wie ich ihr aber heute nicht weit vom Schloß begegnete, kam's mir beinahe so vor, als ob sie recht bleich

und elend aussähe, und so in Gedanken war sie, daß sie nicht einmal bemerkte, wie ich sie grüßte, und sonst dankt sie immer so freudlich.“
„Na ja, ein bißchen elend sieht sie wirklich aus,“ meinte der Sakai; „aber das haben die vornehmen Fräuleins alle, das gehört mit zum guten Ton.“
„Es?“ sagte der Maulwurfsfänger zerstreut, der augenscheinlich gar nicht die Worte verstanden hatte. „Merkwürdig, daß so ein Fluch von der Mutter auf die Tochter vererbt kann!“
„Was für ein Fluch?“
„Oh, nichts,“ sagte der Mann kopfschüttelnd; „und um welche Zeit geht die Festschickel an?“
„Um acht Uhr natürlich, früher paßt es sich nicht. Aber ich muß fort, heute weiß man wahrhaftig nicht, wohin man zuerst springen soll.“
„Wohin willst Du denn?“
„In's Dorf und noch Eier holen; eine zwanzig Schod hat der Koch schon heute verbraucht, und immer lang's noch nicht. Na, komm heut Abend nur, ich werde schon Sorge dafür tragen, daß Du nicht leer ausgehst! — Und mit den Worten nicht er ihm protektivend zu und schlendernde dann, als ob er dem Maulwurfsfänger beweisen wollte, daß er über seine Zeit verfügen könne, wie es ihm beliebt, langsam den Weg hinab, der zum nächsten und hinter den Bäumen versteckten Dorfe führte.
„Bedientenpad“, murmelte der Maulwurfsfänger in den Bart, als er dem davonschwappenden Sakai nachsah, „serviles lumpiges Gefindel, das hinter dem Rücken der Herrschaft die Nase unter dem Hutrand trägt und sie dann wieder vor lauter Untertänigkeit bis in den Boden hineindrücken möchte — Bedientenpad, ob sie in einer gestickten Uniform oder in einer Livree stecken! Da doch, bei Gott, lieber Holzschinder oder Tagelöhner, wenn ich mein freies Gewerbe einmal mit einer andern Branche vertauschen müßte! Unter Deiner Protektion Wein kaufen, Du Lump? Lieber saules Wasser

aus einer Regenmulde. Aber nützlich sind die Kerle doch“, lachte er plötzlich still vor sich hin, „denn wie hätte ich ohne den Tagelöhner erfahren, daß heute Abend großer Volkschmaus im Schloß und der Förster ebenfalls geladen ist. Warte, Grünrod, für morgen früh will ich Dir wenigstens eine Ueberraschung bereiten, die Dich freuen soll! Aber da wird es Zeit, daß ich mich jetzt nach Hause mache. Komm, Spitz, heute Abend wollen wir auch hochleben und Braten essen und Wein trinken, wenn auch auf andere Weise, wie der Lump da denkt. Die Maulwürfe mögen heute Feierabend haben — Hurrah, die Verlobung soll leben!“ — Und seine alte Baidtasche umwerfend und seinen verben Stock aufgreifend, schritt er rüftig den Weg entlang, der nach der Stadt hinunterführte.

18.

Leiden eines Theater-Direktors.

Der Abend rückte heran und das Theater prangte im Festeschnud. Direktor Krüger hatte sich nämlich nicht damit begnügt, eine außerordentliche Anzahl von Gasflammen zu öffnen und überhaupt Alles anzuzünden, was leuchten wollte, sondern auch schon seit zwei Tagen den benachbarten Eichenwald plündern und dicke Quirlenden binden lassen, die den ganzen ersten Rang schmücken sollten. In der herrschaftlichen Loge waren sogar zwei Lehnstühle neu gepolstert, kurz das Außerordentlichste geleistet, und wer Krüger kannte, behauptete, er lebe nicht mehr lange, denn es sei kurz vor seinem Ende.
Natürlich war heute Abonnement suspendu (das Abonnement aufgehoben) — nicht des Hamlet wegen, o nein, denn in die klassischen Stücke brachte er sonst, selbst im Abonnement, kaum das Nothwendigste von Zuschauern hinein! Aber daß keiner der Haßburger morgen gehen wollte, er habe den Erbprinzen noch nicht gesehen, mußte er, und die Neugierde mußte ihm heute das Haus füllen. Das Stück selber hätte

empfehlen die Einführung verschiedener Bestimmungen bezüglich der Beschäftigung von Ausländern. Danach sollen Ausländer, sofern sie nicht genügend englisch verstehen, nicht eingestellt werden; Ausländern, die vier Jahre auf englischen Schiffen dienen, soll die Naturalisation leicht gemacht werden. Ferner sollen die Arbeitsbedingungen der Seeleute besser überwacht werden.

Aus Nah und Fern.

Ein „Muster“ Polizeibeamter ist der Schuhmann Wojczessak in Posen, der sich am Freitag vor der Strafkammer des Landgerichts Posen wegen Amtsvergehens in zehn Fällen zu verantworten hatte. Der schon oft disziplinarisch bestrafte Angeklagte ist ein in seinem Revier unbeliebter Beamter, dem vor allem daran liegt, recht oft zum Theil völlig unbegründete Anzeigen gegen Restaurateure zu erstatten und sich dabei zur Erreichung seines Zweckes oft der sonderbarsten Hilfsmittel bedient. Nach der Anklage hat er am 24. Oktober v. J. von Abends 10 Uhr ab die freie Beamte gegen 1 Uhr Nachts eine vom Bodkiersee heimkehrende Gesellschaft von fünf Personen auf dem Alten Markt angehalten und wegen angeblichen Lärmens zur Ruhe gezwungen. Hierbei überfiel er den Maler Wiedenhöft von hinten und fragte ihn nach seinem Namen. Obwohl dieser denselben ohne weiteres angab, erklärte Wojczessak ihn für verhaftet und brachte ihn nach der Revierwache. Das gleiche Schicksal ereilte die Schwester Wiedenhöfts, Frau Kniewel, sowie den Musiker Klink. Auf dem Transport zur Wache verlegte Angeklagter der Frau K. zwei Stöße vor die Brust, so daß sie über den Hinterrücken taumelte. Im Wachtlokal angekommen, schloß er den Wiedenhöft am Kragen, warf ihn über das Bett, würgte und schlug ihn unter Anwendung des Schimpfwortes: „Du P...“, ich werde Dir helfen. Die Frau Kniewel nannte er eine „Sch...“, die er am liebsten mit dem Säbel todzuschlagen wollte. Am nächsten Tag ist es dem Muster Klink ergangen. Diesem gab er ohne irgend welche Veranlassung eine dreiarige Ohrspeiße, daß dieser einige Tage eine geschwollene Wade hatte. Dabei bedrückte er ihn ebenfalls durch die bei den anderen Zeugen angewendeten Methoden. Die aus Reuterde mit zur Wache gelangenen Buchhalter Bucha, zur Zeit in Berlin, und Werkmeister Bogler in Posen, welche gegenüber dem Wachtlokal standen, holte Wojczessak einen nach dem andern in die Stube und erklärte sie ebenfalls für verhaftet. Den Buchhalter Bucha warf er mit Gewalt in das Lokal, schlug ihn dreimal über den Kopf und bedrückte ihn genau mit denselben Ausprägungen wie die andern Zeugen. Als er von einem andern Schuttmann darauf aufmerksam gemacht wurde, daß Bucha doch an der Sache gar nicht beteiligt sei, warf ihn W. in gleichfalls mißhandelter Weise zum Wachtlokal hinaus. Dem Werkmeister Bogler endlich ist es nicht besser ergangen. Dieser, einen höchst glaubwürdigen Einbruch machenden Perlen wurde bereits im Hausflur der Wache mächtig unter das Bein gestoßen. Als er im Lokal selbst dem Wojczessak in anständiger Weise erwiderte, daß er sich wohl in der Person geirrt haben müsse, antwortete W.: „Du P...“, ich kenne Dich schon.“ Nicht genug damit, der bereits entlassene Musiker Klink wurde von W. wieder herangezogen und in der Wache noch mal 5 geschlagen unter Anwendung der Redensart: „Du Schwein, warum bist Du ausgerissen.“ Der Angeklagte bestritt sämtlich ihm zur Last gelegten Straftaten, obwohl ihm zum Theil sehr glaubwürdige Zeugen, theilweise sogar seine eigenen Kollegen, in erheblicher Weise beistanden. Ausertheils gälte sich die als Zeugen geladenen Schulente in Schweigen, um ihren eigenen Kollegen nicht ins Unglück zu stürzen. Der Staatsanwalt beantragte 3 Wochen Gefängnis wegen Verlesung in vier und Körperverletzung in drei Fällen, während der Verteidiger bei seinen Klienten nicht mit Freiheitsstrafe zu belegen, da ihm dadurch seine ganze Existenz ruiniert würde. Das Gericht erkannte wegen der Verlesungen auf 40 Mark Geldstrafe, wegen der Körperverletzung auf drei Wochen Gefängnis. Eine wahrlich viel zu gelinde Strafe.

Das Leben oder die Wahlparole. Am Morgen des 18. Juni machte sich der Milchhändler S. aus Schöneberg mit seinem einspännigen Wagen auf den Weg nach dem Hamburger Bahnhof in Berlin, um Milch zu holen. In der Nähe des Thiergartens trat ihm um 1/4 Uhr ein Infanterie-Leutnant entgegen, zog seinen Regen und herrschte den Ueberwachten an: „Was haben Sie gewählt?“ Der Milchhändler bog erwidert aus und wollte

schleunigst vorbeifahren, aber der Leutnant fiel dem Pferde in die Bügel und brachte es zum Stehen. S. hat den Leutnant, den Weg frei zu geben, aber der Marsjünger forderte noch energischer, zu wissen, wem S. bei der Wahl seine Stimme gegeben habe. Um ihn los zu werden, sagte der Milchhändler, er habe überhaupt nicht gewählt, aber nun wollte der Herr Leutnant wissen, warum er nicht gewählt habe. Er fragte, wo S. wohne, zu welchem Kreise er gehört, und schließlich erklärte er: „Da Sie nicht gewählt haben, müssen Sie sofort umkehren und jetzt wählen gehen!“ — wohlgerührt: am Morgen des 18. Juni. Kurz entschlossen nahm der Herr Leutnant das Pferd beim Zügel, wendete es um und schickte sich an, den Wagen nach Schöneberg zurückzuführen. Der Milchhändler ließ den Mann gewähren, weil er ihm gegenüber wehrlos war. Erst einem zufällig daherkommenden Schuhmann gelang es, den Milchhändler zu befreien. „Ja, was fängt man mit dem an?“ fragte ratlos der Schuhmann, als er sich den Leutnant näher besah. „Man fängt dasselbe mit ihm an, wie mit jedem andern“, sagten Milchhändler, die dazu gekommen waren, „man bringt ihn zur Wache.“ Das ging nun freilich nicht an; denn ein Offizier darf durch keinen Schuttmann festgenommen werden. Man mußte sich daran genügen lassen, den Herrn Leutnant nach seinem wahren Namen zu fragen. Er bezeichnete sich als ein Leutnant Freiherr v. Uebdom, worauf man ihn laufen ließ. Am Sonnabend Nachmittag erhielt S. in seiner Wohnung den Besuch eines — Offiziers, der sehr heftig auftrat und bat, die Sache nicht der Öffentlichkeit zu übergeben. S. konnte dem Offizier hierauf nur antworten, daß bereits alles Erforderliche veranlaßt sei — Der gute Leutnant muß geigrid bezeugt gewesen sein.

Eine geheimnißvolle Erbschleicheraffäre großen Stils beschäftigt gegenwärtig die Staatsanwaltschaft Berlin. Es handelt sich um die junge Witwe des Geheimen Kommerzienraths v. Zimmermann in Berlin W., die mit dem in erster Gesellschaftskreisen bekannten Magneten Willy Reichel verheiratet ist. Nach der Schiffsliste des „Norddeutschen Lloyd“ sind beide mit dem Schnelldampfer „Fürst Bismarck“ nach New York abgefahren. Reichel hat sich als „Professor“ in der Passagierliste eingetragen. Es ist derselbe „Professor“ Reichel, der durch seine magnetischen Kuren in Berlin viel von sich reden gemacht hat. Demgegenüber deswegen erhobenen Angriffen verwehrt er zahlreiche ihn schimpfende Zusätze der ersten Namen entgegenzustellen. Reichel war ein Fremd des später in Amerika gestorbenen, bekannten Mediums Nikola Döpper. Er spielte auch im Prozeß gegen Valeria Döpper eine Rolle. Der verstorbene Geheim Kommerzienrath v. Zimmermann heirathete, fünfundsiebzig Jahre alt, seine jetzt flüchtige Frau, die vor der Ehe die Stellung einer Buchhalterin bei ihm bekleidete. Sie zählte vierzig Jahre weniger als er und war als Schönheit bekannt. Frau v. Zimmermann, die übrigens bereits früher schon einmal mit einem gewissen Schumann verheiratet war, ist eine geborene Schöpfung. Als sie magenleidend wurde, erfuhr sie durch den Landgerichtsrath Schmidt zufällig von den angeblichen Kuren des Magneten Willy Reichel. Obwohl Landgerichtsrath Schmidt ihr dringend abzurathen suchte, suchte Frau v. Zimmermann im Jahre 1895 dennoch Reichel auf, um für längere Zeit seine getrene Patientin zu werden. Im Jahre 1901 starb der Geheim Kommerzienrath v. Zimmermann. Seiner früheren Freundin, den Landgerichtsrath Schmidt, hatte er zum Testamentvollstrecker ernannt. Zwischen Reichel und Schmidt waren zuletzt Meinungsverschiedenheiten entstanden, hervorgerufen durch das trübe Freundschaftsverhältnis der Frau v. Zimmermann mit dem Magneten. Bei Regulierung der Erbschaft beschuldigte der Testamentvollstrecker die Frau v. Zimmermann einer Erbschleicherhinterziehung von über vier Millionen Mark. Reichel und Frau v. Zimmermann veranlaßten sich und beschuldigten wiederum Schmidt der ungläublichen Dinge. Sie reichten gegen ihn eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ein und erlangten wirklich, daß gegen den Landgerichtsrath ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Im Verlaufe des Prozesses sollte Landgerichtsrath Schmidt zur Unternehmung seines Geschäftszweiges einer Freianstalt überwiesen werden. Es entzieht sich bisher jeder Kenntnis, welche Mittel und Wege Reichel und Frau v. Zimmermann angewendet haben, um dieser Erbschleicherhinterziehung einen so merklichen Verlauf zu geben. Das Vorgehen gegen den Landgerichtsrath Schmidt, eine als Ehrenmann bekannte Persönlichkeit, ist in jedem Falle so sonderbar, daß der Justizminister sich veranlaßt gesehen hat, die Akten über diese Standalgeschichte

einzufordern, um nachzuprüfen, ob überhaupt ein Grund vorhanden war, den Geschäftszweigs des Testamentvollstreckers anzuzweifeln und welche Anhaltspunkte für die Behauptungen des Landgerichtsraths Schmidt vorliegen. Frau Geheim Kommerzienrath v. Zimmermann, geschiedene Schumann, geborene Scholz, und der Herr „Professor“, dem Frau v. Zimmermann für schweres Geld u. a. auch einen Baronsitel durch Adoption erkaufte hat, genießen inzwischen in Amerika flüchtig ihr „goldenes“ Dasein.

Der Prozeß gegen den Oberbetreuer Ad. Schmidt hat, wie schon kurz angezeigt, am 22. Juni vor dem Schwurgericht in Kassel begonnen. Schmidt war bekanntlich geflüchtet und später von Frankreich ausgeliefert worden. Er ist als Generaldirektor der Treberggesellschaft in 25 Fällen des Betrugs und wegen betrügerischen Bankerotts angeklagt. Nach Eintritt in die Verhandlung beantragte der Verteidiger unter sehr ausführlicher Begründung, die Verhandlung über die Anklage, soweit sie den Betrag betrifft, zur Zeit als unstatthaft zu erklären und das Verfahren insoweit einzustellen, da nach dem mit Frankreich bestehenden Vertrage vom 21. Juni 1845 wegen des Vergehens des Betruges nicht ausgeliefert werden dürfe. Der Staatsanwalt widersprach unter Berufung darauf, daß die Einsetzung über die Zulässigkeit nicht Sache des Spruchorgans, sondern der Verwaltung und Regierung sei. Nach fast einstündiger Berathung entschied der Gerichtshof, daß der Antrag der Verteidigung abgelehnt werde. Schmidt erklärte weiter, daß er bei allen Handlungen nur von dem Interesse der Treberggesellschaft geleitet wurde, so auch bei dem Eingreifen in die Kursbestimmungen an der Berliner Börse durch Ankäufe. Er wollte den Figuren, die nur Differenzgewinne machen wollten, das Handwerk legen; das habe er gründlich befolgt. Er sei auch der Meinung, daß das 22 Millionen-Bestandsvermögen mit der Leipziger Bank den Aktionären und der Gesellschaft später Vortheil gebracht haben würde. Gefragt, warum er in der Nacht vom 3. zum 4. Juli geflüchtet sei, bemerkte Schmidt: Ich habe das Schreckliche kommen sehen und es nicht mehr ertragen können, es noch weiter zu schauen. Die Treberggesellschaft sei deshalb zu Grunde gegangen, weil die Leipziger Bank kein Geld mehr geben wollte. Wenn sie sich noch drei bis sechs Monate hätte halten können, glaube er bestimmt, daß seine Ideen sich zum Siege verholfen hätten und die von ihm erhofften Gewinne gemacht worden wären. Am Dienstag wurde das Verhör Schmidts fortgesetzt. Der Angeklagte meinte, seine Buchmänner hätten wohl ungewöhnlich ersparten, er habe aber dabei nichts gethan, was auf tatsächliche Täuschung berechnet gewesen sei. Ihm sei es vielmehr nur um eine günstigere Gestaltung der Bilanz zu thun gewesen, um die schlechte Lage der Gesellschaft nicht kundzutun. Er habe den nach Angaben seiner Fachgenossen zu erwartenden Gewinn aus den Lizenzverkäufen und Maschinenlieferungen auf fünf Jahre vertheilt lassen. Wäre er ein Betrüger gewesen, so hätte er, da er als Exzellenz den Mißerfolg des Bergmannschen Patents erfuhr, sein Geld heranzuziehen und davongehen können. Daß er geblieben sei und sich, sowie die anderen Herren der Treberggesellschaft, weiter so großartig engagiert hätte, beweise am meisten die Ehrlichkeit seiner Absichten und seines Willens. Der Angeklagte gab zu, daß er an die Börsezulassungsstelle in Berlin falsche Angaben gemacht habe. Der zur Anklage stehende Hauptpunkt des betrügerischen Bankerotts bestehe in der Eintragung einer Hypothek von 250 000 Mk. auf sein, des Angeklagten, Grundstück am Grindelhof in Hamburg. Der Angeklagte bestritt, die Absicht gehabt zu haben, irgend Jemand zu täuschen. Er habe sich damals für durchaus gut gehalten. Er müsse allerdings zugeben, daß er bezüglich der Eintragung der Hypothek Veränderungen plante, die er seiner Frau in einem Briefe zu stellen ließ, den er durch einen Mitgefängenen durchschmuggeln wollte. Als erster Sachverständiger wurde darauf Ingenieur Bergmann vernommen, der Erfinder des bekannten Patents. Dieser sagte aus, daß nach seiner Ansicht Schmidt sich in gutem Glauben befunden habe. Der Zeuge äußerte sich sodann über verschiedene Geschäftszweige der Treberggesellschaft, deren Tragsfähigkeit Sch. überschätzt habe. Der nächste Sachverständige, Fabrikant Rüggeberg-Reehelm, sprach sich ungünstig über das Bergmann-Patent aus. Rüggeberg hält Schmidt für einen großen Optimisten, dem aber betrügerische Absicht ferngelegen habe. Dann wurde die Verhandlung auf Mittwoch morgen vertagt.

behalb auch recht gut „Der Erbschleicher“ heißen können und würde dann nach beiden Seiten hin gewagt haben.

Es war noch früh und die Kasse eben erst geöffnet worden, aber trotzdem jagten die Köpfe schon langsam an sich zu füllen. Auf dem Theater selber sah es noch leer und dunkel aus. Die Arbeiter waren allerdings schon beschäftigt, Lampenwerk usw. in Ordnung zu bringen und die verschiedenen Requisiten nach den Richtungen hin zu tragen, wobei sie der Requisiteur beorderte, aber von Schauspielern, welche sie sich noch niemand sehen, denn die Stützen noch alle in der Garderobe, und nur dann und wann kam noch ein veräppeltes Dienstmädchen, das einen großen, breiten Korz mit irgend einem Anzug trug und verständig damit vor der Herrens Garderobe herum lief, bis Jemand herankam, um ihn ihr abzunehmen. Hinein wäre sie um die Welt nicht gegangen — das hatte sie einmal gethan, das erste Mal, als sie aus dem Theater geschickt wurde und den Schrank würde sie im Leben nicht vergessen.

Der Direktor stand dort auf der Bühne und betrachtete sich durch ein der kleinen im Vorhang angebrachten Löcher das anwachsende Publikum.

Der Theaterdirektor Peters schob ein paar Mal über die Bühne herüber und war außerordentlich beschäftigt. Aber der Direktor achtete gar nicht auf ihn. Es schien ein volles Haus zu werden, und er amüsierte sich vorzüglich am Vorhang.

Jetzt kam Peters wieder zurück; er war eine Zeit lang verschwunden gewesen und ging auf seinen Ort zu.

„Herr Direktor!“
„Ja, Peters,“ sagte dieser, ohne seine Stellung zu verändern, denn er erkannte ihn an der Stimme — „was geht’s?“

„Herr Direktor ist noch nicht da.“

„Was?“ rief der Direktor und sah wie der Blick herum — „und kommt schon in der zweiten Szene — Herr Du mein Gott, wo steht der unglückselige Mensch nur wieder? Lassen Sie doch einmal schnell zu ihm hinüber, Peters, und sagen Sie ihm, es wäre —“

„Ich komme eben von drüber, Herr Direktor, es ist aber Niemand zu Hause und der Schlüssel liegt unter dem großen Schrank draußen, wo er ihn immer hinlegt, wenn er ausgegangen ist.“

„Dann sieht er vielleicht in der „Hölle“ — na, weiter fehlte mir heut Abend gar nichts — lassen Sie einmal schnell in die „Hölle“, Peters — springen Sie ein bisschen; es wäre doch schändlich, wenn der Mensch nicht so viel Interesse an der Sache nehmen sollte, daß er nicht einmal seine Zeit innehielt!“

„Herr Gott, meine Beine!“ schrie Peters, als er sich wieder umwandte und in einem kleinen Handtuch seiner neuen Bestimmung zuckte; „das ist ein Leben, Theaterdirektor — wenn ich mich einmal zur Ruhe setzen werde ich Briefträger.“

Der Direktor hatte inzwischen das Publikum ganz vergessen, und wenn er einmal einen raschen Blick durch den Vorhang warf, so kamen ihm jetzt die Zuschauer, die ihm früher so langsam eintrafen, viel zu rasch. Wieder und wieder lief er nach der Garderobe, um sich selber zu überzeugen, ob denn sein unglückseliger Prinz von Dänemark noch nicht eingetroffen sei.

Und wie rasch die Zeit vorrückte, seit er auf ihn wartete! Es war unerträglich, als ob der große Zeiger an der Uhr im Konversationszimmer durchgegangen sei und auf den Moment losgehe, wo sich Direktor Krüger mit seinem Hämlet unerbittlich blawiren sollte. — Wahrscheinlich, da traf das Dröselchen schon ein, und in der Hölle — Krüger hätte

durch eine Verlesung abgehen mögen — erschien ein mit Orden vorn ganz bedeckter Kammerherr, es sah nach, ob die Stühle vorschriftsmäßig standen, und entzückte dann, indem er sich mit seinen weißen Glacehandschuhen vorn auf den rothen Plüsch der Balkustrade stützte und sich das Publikum betrachtete, die Gallerie, wo der Ruf schon von Lippe zu Lippe ging: „Da ist er!“

Peters kam im Sturmschritt zurück. Handor war nicht in der „Hölle“, aber vor etwa einer Stunde dort gewesen und hatte ganz allein eine Flasche Champagner getrunken; wo er jetzt sei, konnte ihm Niemand sagen — im „Paradies“ wußten sie’s auch nicht.

„Ist er denn noch nicht hier?“ fragte Peters. Der Direktor gab ihm gar keine Antwort, und nur mit einem verzweifeltten Griff fuhr er sich in die Haare und hob sich die Perücke halb vom Kopfe.

Jetzt kam der Oberregisseur Sulzer im Kostüm aus der Garderobe — er gab heute den König. Er hatte ein schwarzes Sammetbaret auf, mit einem Kronenreif darum, trug natürlich einen Hermelinmantel und gelbe, hohe Stiefel, und sah für einen König sehr befürzt aus.

„Ist er denn noch nicht da, Herr Direktor?“

„Haben Sie ihn gesehen?“

„Ich? Nein — aber wo steht der entsetzliche Mensch?“

Wenn ihm nur kein Unglück zugestoßen ist!“

„Uns wird eins zugestoßen, Sulzer!“ rief der Direktor — „uns wird eins zugestoßen — passen Sie auf — wenn er nicht bald kommt, rührt mich der Schlag, denn die Schandüberlebe ich nicht!“

„Aber er muß ja kommen, er kann ja nicht ausbleiben.“

Ist denn der Prinz schon da?“

(Fortsetzung folgt.)